

# Lübbeckers Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübbeckers Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55

Wittwoch, den 6 März 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die herrlichen Kolonien.

— Vor ein paar Tagen ist dem Reichstage die die- leibige Denkschrift über die „Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee“ für das Jahr 1899/1900 zugegangen. Der dicke Band erscheint alljährlich wieder, angefüllt mit neuen, unter allerlei Zahlenangaben schlecht versteckten Enttäuschungen, denen sich neue Hoffnungen anschließen, die den Leser zwingen, mit dem Dichter zu zitiern, was Hoffnungen und Entwürfe sind, die der Mensch, der ver- gängliche Sohn der Stunde, hegt. Und vollends unsere Kolonialmenschen, deren Hoffnungen alljährlich kläglich scheitern, bei einem ins Riesenhafte anwachsenden Kolo- nialetat!

Wir haben uns erst kürzlich mit Deutsch-Südwest- afrika beschäftigt, als unsere kapitalistischen Blätter und speziell die Organe der Kolonialinteressenten, mit dem Märlein der Büreineinwanderung hausiren gingen. Im Augenblick ist es davon wieder recht still geworden. Recht schweigsam ist man auch über Kiautschou. Dieser asiatische Besitz hat, so lange die Wirren andauern, über- haupt keinen Werth und da der Handel die militärischen „Erfolge“ wird büßen müssen, ist es sehr die Frage, ob Kiautschou in der Zukunft Werth besitzen wird. Der einzige „werthvolle“ Kolonialbesitz der deutschen „Welt- politik“ sind gegenwärtig die afrikanischen Länderlein. Ein Blick auf die Denkschrift zeigt uns, welchen „Werth“ sie haben.

Von Togo wird in der Denkschrift gesagt, daß das abgelaufene Jahr in Ansehung des erzielten Handels- umsatzes hervorragend günstig gewesen sei. Nun ent- fernen aber fast die ganzen Handelsartikel der Land- wirtschaft der Eingeborenen und so roh und primitiv ist die ganze Marktabwicklung, daß man es schon als einen großen Fortschritt verbucht, wenn die Eingeborenen sich jetzt des Geldes als Tauschmittel bedienen, anstatt Waare gegen Waare zu tauschen. Das Klima ist den Europäern im höchsten Grade verderblich.

Um einen Grad trüber gefärbt ist der Bericht von Kamerun. Hier hat der Einfuhrhandel einen „weiteren Aufschwung“ genommen. Bei näherem Betrachten sehen wir aber, daß dies der Handel ist, der mit den Millionen- schüssen des deutschen Steuerzahlers bezahlt wird. Die Ausfuhr hat sich ebenfalls „gehoben“, jedoch nur ihrem Werthe nach. Die Eingeborenen erzielen jetzt für ihre Handelsartikel einfach höhere Preise als früher. Die Haupthandelsartikel aber gehen, der Menge nach, ständig zurück. Die kapitalistische Bier nach dem Eisenstein, jaft dem einzigen Handelsartikel, bewirkt das Aussterben des Elefanten, der massenhaft und grausam gejagt wird. Auch Kamerun bietet keine guten Aussichten für die Zukunft.

Ganz erbärmlich aber sind alle Hoffnungen verkracht, die sich an den Besitz Deutsch-Ostafrika's knüpfen. Für Deutsch-Ostafrika soll jetzt das deutsche Volk, außer dem enormen Reichszuschuß, auch noch die Zinsgarantie von 3 Proz. für 25 Millionen M. über- nehmen, die ein Bahnbau von Dar-es-Salam nach Mrogoro lösen wird. Und wofür nun dies alles? Der Rückgang der Kolonie ist ganz offenbar. Der Handel hat im Ver- laufe von 5 Jahren eine kaum nennenswerthe Steigerung erfahren; Heuschreckenplage und Dürre rufen bald hier, bald dort Hungernöthige hervor, die die eben geschaffene Kultur wieder vernichten. Der Baarzuschuß der deutschen Steuerzahler für Deutsch-Ostafrika beträgt pro 1901 117 000 M.; das ist das Vierfache des Wertes des Gesamt-Waarenverkehrs jenes Schutzgebietes mit dem Mutterland.

Dabei ist Deutsch-Ostafrika viel zu groß, als daß wir es jemals wirksam kultiviren könnten. Es hat fast die doppelte Größe des deutschen Reiches; während aber in Deutschland auf dem Quadratkilometer 100 Menschen leben, leben dort auf dem gleichen Raume eine sechs. In ganz Deutsch-Ostafrika giebt es jetzt nämlich 1139 Europäer, wovon aber 500 als Angehörige der Verwaltung und der Schutztruppe auf Kosten der heimischen Steuerzahler leben, während 250 Missions- personal sind. Auch sind nicht eben diese Europäer alle Deutsche. Deren Zahl beträgt nur 872! Was will diese Handvoll Menschen für eine „Kultur“ verbreiten?

Und noch dazu in einer Bevölkerung, von welcher der dem amtlichen Bericht angehängte Missionsbericht sagt, daß sie faul, schwachhaft, gefräßig, trunksüchtig, unintelligent, dagegen aber verschlagen und verschmischt sei. Auch in dieser Kolonie geht der Elfenbeinhandel beständig zurück und auch der Kautschuk beginnt, durch die Raubbau-Aus- saugung der Kautschukdistrikte, rar zu werden. Die Vieh- zucht will nicht vom Flecke kommen; das Vieh ist massen- haft umgekommen und im Magen der Kadaver hat man Mengen von Eingeweidewürmern gefunden. Der Wein- bau wurde durch die weißen Ameisen zerstört und Roggen hätte man geerntet, wenn ihn nicht die Würmer ge- fressen hätten. Eine nette Gegend! Und dafür soll der Deutsche, neben dem Reichszuschuß, auch noch eine theure Eisenbahnzinsgarantie übernehmen.

Das gelobte Land der Kolonialenthustastien ist gegen- wärtig Deutsch-Südwestafrika. Aber auch hier basirt Alles auf Hoffnungen und — Spekulation. Ob der Ackerbau die überschwänglichen Hoffnungen, die man auf ihn setzt, erfüllen wird, muß erst abgewartet werden. Was die Handelsbilanz anbelangt, so ist sie so ungünstig wie möglich. Die Einfuhr beträgt zwar jetzt 8 Millionen Mark, allein die Artikel sind eben, wie auch in den ande- ren Kolonien, solche, für die der Reichszuschuß draufgeht. Die Ausfuhr aus Südwestafrika betrug noch nicht einmal ganz 1 400 000 Mark. Unter den Einfuhrziffern finden wir für 1 300 000 M. konservirte Lebensmittel, 1 100 000 Mark Eisen und Eisenwaaren, 453 000 M. Bier (!), 200 000 M. Gemüse und Früchte, 45 000 M. Patro- nen, 246 000 M. Petroleum, 123 000 M. Zigarren und Zigaretten, 158 000 M. Weine, 43 000 Mark Schaumweine, 49 000 M. Gewehre usw., alles Gegen- stände, die in Deutschland für Zwecke der Schutz- truppe von unserm Reichszuschuß gekauft werden und uns deshalb ökonomisch doch keinen Pfennig Nutzen brin- gen. Große Hoffnungen setzt man, in Folge von Erz- funden, auf die Entwicklung des Bergbaues. Hier aber ist das Beträchtlichste das Dinargebiet und dieses befindet sich in den Händen eines englischen Syndikats, welches mit einem Kapital von 40 Millionen Mark an den Bergbau herangeht und dessen Vortheile, anstatt in die deutsche, in die englische Tasche bringt.

bleibt von der wackligen Kolonialherrlichkeit noch übrig Deutsch-Neu-Guinea, einschließlich des Inselgebiets der Karolinen, Palau und Marianen. Dort betrug die Zahl der Europäer am Schlusse des Berichtsjahres 353! Diese Bevölkerung soll langsam zunehmen. Es wird behauptet, daß namentlich eine langsame Zunahme chinesischer und malayischer Leute zu verzeichnen sei. Ein- und Ausfuhr sind fast unbedeutend zu nennen. Die Kolonialschwär- mer haben auch hier schon wieder große Hoffnungen. Ueber die Bedeutung der Marianen für den Weltverkehr heißt es: „Wenn nun eine Frage an die Zukunft, nach dem vermuthlichen Entwicklungsgang der Marianen ge- stellt ist, so wäre diese, unter Erwägung aller heute zu überblickenden Verhältnisse, dahin zu beantworten, daß sie unter den mikronesischen Inselgruppen die größte Aussicht haben für eine künftig hohe Bedeutung im Weltverkehr. Sie liegen im Schnittpunkte der großen Verkehrsstraßen der Zukunft: Japan—Australien, San Francisco— Philippinen, Ostasien—Panama.“ Nur schade, daß auch diese Kolonialhoffnungen keinen Boden haben. Amerika hat in Guam einen besseren und sich glänzend entwickel- den Konkurrenzhafen und für den europäischen Verkehr nach Ostasien wird der Ausbau der transsibirischen Bahn einen völlig neuen und dem langwierigen Seeweg vorzu- ziehenden Handelsweg weisen.

Die deutsche Kolonialpolitik kommt nicht vom Flecke — das ist das Fazit, welches der dieleibige Band auf- weist. Und diese kostspielige Politik wird betrieben mit dem Gelde der deutschen Arbeiterklasse! Die Bourgeoisie kann ruhig zuschauen, die Kolonialspekulation kostet ihr keinen Pfennig, aber sie bringt ihr noch Geld ein. Das deutsche arbeitende Volk hat kein Interesse an dieser mit Blut geschriebenen und nutzlosen Politik und uns wäre es recht, wenn es bald hieße: weg mit den ganzen Kolonien!

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Berlin, den 4. März 1901.

Der Reichstag hatte heute ein recht umfangreiches Tagespensum abzuarbeiten.

Zuerst wurde in erster und zweiter Lesung eine Novelle zum Posttaggesetz erledigt, welche besondere Gebühren für abzuholende Briefe einführt, falls der Empfänger ein ihm unmittelbar zu- gängliches, verschließbares Abholungsstück auf der Post erhält.

Gegen den Gesetzentwurf an sich läßt sich nichts ein- wenden, weshalb seine Annahme auch einstimmig erfolgte. Eine Debatte gab es nur über den Antrag Dr. Müller-Sagan, 20 Mark als Höchstgrenze der von der Post zu erhebenden Tage festzusetzen. In seiner gewohnten burschikosen Manier bekämpfte Staats- sekretär v. Podbielski den Antrag als über- flüssig mit der Motivierung, daß es im eigenen Interesse der Post liege, die „Dinger“ nicht zu theuer werden zu lassen. Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozial- demokraten, denen sich der Abg. Daxbach vom Centrum anschloß, abgelehnt.

Dann wurde der Rest des Militäretats ohne wesentliche Debatte erledigt, wobei die militär- frommen Parteien — zu denen jetzt bekanntlich das Centrum „voll und ganz“ gehört — einige kleine von der Budgetkommission geforderte Posten wieder ein- schickelten. Beim Titel „Militärgericht“ befürworteten Eröber vom Centrum und Beckh- Coburg von der freisinnigen Volkspartei eine vom erften beantragte Resolution, welche eine Statistik der Begnadigungen in Militärstrafsachen fordert. Der Kriegsminister sah in der Resolution einen Eingriff in das Begnadigungsrecht der Landesherren. Sein Verede half ihm aber nichts: die Resolution wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Lebhafte ging es beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern zu. Eugen Richter wies auf die zu hohen, aus den Papierzölleu stammenden Papierpreise hin und verlangte Aufhebung oder Ermäßigung derselben. Davon wollten die Herren von der Rechten, Graf Ranig und Kardorff, nichts wissen; sie schoben alle Schuld auf das Syndi- katswesen. Damit gaben sie das Signal zu einem wichtigen Angriffe der Linken auf das Kar- tell- und Prämienwesen, vorzüglich in der Zuckerindustrie. Richter, namentlich aber Ge- nosse Wurm wiesen auf die Vertheuerung des Zuckers für die heimischen Konjumenten hin, denen ein wichtiges Nahrungsmittel zu Gunsten einer Handvoll Magnaten vertheuert wird. Von einigen konservativen Gesinnungsgeoffenen unterstützt, folgt St. Zucker- Paasche für seine geliebten Lübeubarone und stellte sich so, als ob alles zu Gunsten der Arbeiter der Zuckerindustrie geschehe. Genosse Wurm diente ihm mit einer urkräftigen Erwiderung.

Das Treiben des Spiritusringes wurde im Laufe der Syndikatsdebatte mehrfach gestreift; aber zu einer speziellen Erörterung dieses Themas kam es nicht; vielmehr bildete eine Unterhaltung der Abgeordneten Rösicke-Deffau, Speck vom Centrum und Beckh- Coburg über die Vorzüge nord- und süddeutschen Bieres und die Verwendung von Surrogaten beim Bier- brauen den Schluß der heutigen Dauer Sitzung.

Morgen steht — außer dem Reichsinvaliden- fonds — der Etat des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung. Reichskanzler Graf Bülow will reden.

60. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Podbielski, v. Götler. Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Novelle des Gesetzes über das Posttagwesen im deutschen Reich vom 28. Oktober 1871. Danach soll das jetzt bestehende Verbot der Nachgebühren für abzuholende Briefe für den Fall aufgehoben werden, daß der Empfänger auf seinen Antrag ein ihm unmittel- bar zugängliches, verschließbares Abholungsstück von der Post bekommt.

Schäbler (Z): Die letter-boxer, die hier vorgelesen sind, sind mit Fremden zu begrüßen. Widerspruch könnte vielleicht die Art der Bezahlungsart erregen. Aber im Hinblick darauf, daß die Leistungen der Post dauernde sind, sind wir damit einverstanden, daß eine jährliche Abgabe von 12 resp. 18 Mark erhoben wird. Eine Kommissionsberathung halten wir für überflüssig, and würden nicht widersprechen, wenn die zweite Lesung gleich im Plenum vor- genommen würde.

Dr. Müller-Sagan (SP.) beantragt, in das Gesetz einen Passus aufzunehmen, wonach die Gebühren im Höchstmaße bis zum Betrage von 20 Mark gehen dürfen. Staatssekretär v. Podbielski: Die Novelle ist aus dem

Dem Bundesrath ist der Entwurf von Bestimmungen über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen auf Grund des § 105 e, Absatz 1, der Gewerbeordnung (Sonntagsruhe) zugegangen. Der Entwurf beschränkt sich darauf, für die Zulassung von Ausnahmen diejenige Grundsätze allgemein festzusetzen, von denen die Landeszentralbehörden beim Erlass der auf Durchführung der gewerblichen Sonntagsruhe bezüglichen Ausführungsanweisungen bereits übereinstimmend ausgegangen sind. Die allgemeinen Bestimmungen lauten: 1) Die höheren Verwaltungsbehörden haben für die im § 105 e der Gewerbeordnung bezeichneten Gewerbe nur so viel Sonntagsarbeit zu gestatten, als nach den örtlichen Verhältnissen geboten erscheint. In der Regel wird ein Bedürfnis für die Sonntagsarbeit nicht anzuerkennen sein, wenn und so weit sie bisher nicht üblich war. 2) Die Regelung der Ausnahmen für ein bestimmtes Gewerbe braucht nicht für den ganzen Verwaltungsbezirk einheitlich zu erfolgen, sondern sie kann für den Fall, daß die Verhältnisse an den einzelnen Orten des Bezirks verschieden liegen, für einzelne Theile des Bezirks oder für einzelne Orte verschieden gestaltet werden. 3) Für den ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertag sind Ausnahmen nicht oder nur in thunlichster Beschränkung zuzulassen. 4) Für Betriebe mit Tag- und Nachtarbeit kann die Zulassung einer beschränkten Arbeit an Sonn- und Festtagen davon abhängig gemacht werden, daß während bestimmter Stunden an diesen Tagen der Betrieb ruht. 5) Für nicht unterbrochen arbeitende Betriebe, denen Ausnahmen von den im § 105 e Absatz 1 der Gewerbeordnung getroffenen Bestimmungen bewilligt werden, ist die Ruhezeit gemäß § 105 c Absatz 3 zu regeln, sofern deren Durchführung ohne erhebliche Beeinträchtigung möglich erscheint.

Eine kaiserliche Belohnung haben die generellen „Volksvertreter“ im Elsaß-Lothringischen Landesaussschusse bekommen, die für die Restaurierung der dem Kaiser gehörenden Hohkönigsburg im Elsaß das Geld der Reichsländer bewilligt haben. Dem Statthalter der Reichsländer ist folgende Depesche zugegangen: Berlin, Schloß.

Deine Meldung hat mich mit hoher Freude erfüllt. Bitte den Herren mit, daß ich ihnen von ganzem Herzen dankbar bin und es mir zur hohen Befriedigung gereicht, daß das Reichsländer mein Interesse und meine Arbeit für die Wiederherstellung der herrlichen Burg so richtig versteht und so freundlich unterstützt.

Wilhelm II. Bekanntlich soll auch der Reichstag für die Wiederherstellung der Burg Geld aus dem Reichsfiskus geben. Ob er der Aussicht auf ein kaiserliches Lobtelegramm widerstehen können? In Künstlerkreisen ist man übrigens der Ansicht, daß die „Wiederherstellung“ der Burg keine Wiederherstellung, sondern eine wesentliche Veränderung an historischen Charakter der Ruine sein würde. Der zuerst zur Ausführung der „Rekonstruktion“ berufene Architekt lehnte deshalb auch die Aufgabe ab.

Eine Reichsliedbesgabe für Dichter. Etwa 150 Schriftsteller haben an den Reichstag eine Petition gerichtet um die Bewilligung einer Reichssubvention von jährlich 250 000 Mk. für eine „Goethe-Stiftung“ mit folgenden kuriosen Aufgaben: I. Unter dem Namen „Goethe-Stiftung“ wird eine nationale Stiftung errichtet zur Unterstützung des werthvollen dichterischen Schaffens im Wettbewerb mit der bloßen Unterhaltungsliteratur. Indem die Goethe-Stiftung einerseits das dichterische Schaffen vom Tagesmarktwert unabhängig macht, soll sie andererseits gediegene dichterische Schöpfungen auch der Gegenwart für die Allgemeinheit leichter zugänglich und somit schneller nutz- und fruchtbar machen. II. Der Goethe-Stiftung wird aus Reichsmitteln eine jährliche Beihilfe von 250 000 Mk. gewährt. Das Urheberrecht an Dichtungen ferner erlischt fortan nicht mehr zu einem bestimmten Zeitpunkte, sondern geht 30 Jahre nach dem Tode des Urhebers in das Eigentum der Goethe-Stiftung über. Dieses jedoch mit der Beschränkung, daß die Goethe-Stiftung nicht das Recht zur Genehmigung oder Verweigerung irgend welcher Neu- drucke oder Aufführungen, sondern nur das Recht zu einer mäßigen Gewinnbeteiligung daran haben soll. III. Ueber die Einrichtung und Verwaltung der Goethe-Stiftung werden die Einzelheiten beschlossen, nachdem hierüber Gutachten eingeholt sein werden von einem Ausschusse, dessen 30 Sachverständige zur Hälfte vom Vorstande der „Deutschen Schillerstiftung“, zur anderen Hälfte vom Vorstande der „Deutschen Schriftstellergenossenschaft“ ernannt werden. — Die Petenten gehen sich der Ueberzeugung hin, daß die Bewilligung der geforderten Summe „in allen Kreisen der Gebildeten mit Jubel begrüßt würde.“ Unter der Voraussetzung, daß die Petenten gestatten, daß auch wir uns zu den Gebildeten rechnen, erklären wir, in den Jubel nicht einsinken zu können. Wir opponiren dem Projekt und zwar in Rücksicht auf die Würde und die Aufgabe der Literatur. Die Reichsliedbesgabe würde nach unserer Ueberzeugung sich nicht dazu eignen, dem dichterischen Schaffen eine gesunde Förderung zu sichern; sie müßte ganz notwendiger Weise dahin führen, daß eine subventionirte sogenannte „günstigste“ Reichsdichterei entsteht, nach der gesunder freier Geist wahrlich keine Sehnsucht haben kann.

Keine politische Nachrichten. In den bisherigen sechs Marine-Attache- Stellen in London, Petersburg, Paris, Rom, Washington und Yokohama (Tokio) tritt jetzt eine siebente bei der Botschaft in Wien, die dem Fregattenkapitän Me...

nicht schleunigst kommt, werden die Sacharinfabrikanten mit Entschädigungsaussprachen kommen.

Sachse (Hr. v. Thielmann): Die Schwierigkeiten, die sich anfangs der Abfassung eines Sacharingesetzes entgegenstellten, sind jetzt überwunden. Der Entwurf einer Sacharinfsteuer ist im Reichshofrat fertig gestellt und wird dem Bundesrath in den nächsten Tagen zugehen.

Wurm (Hr.): Durch das Zuckerkartell sind geradezu ständige Zustände in Deutschland geschaffen. Es ist soweit gekommen, daß der deutsche Zucker für den Konsumanten um 130 Proz. verteuert wird. (Hört! hört! bei den Sozial.) Unsere Steuergesetzgebung hat es ja geradezu provoziert, daß sich Kartelle und Ringe gebildet haben. Das Zuckerkartell ist im vorigen Jahre begründet worden. Der Geschäftsführer des Kartells hat die Dreistigkeit, in einer Broschüre, die er herausgegeben hat, zu betonen, daß das Kartell sich zur Aufgabe gemacht habe, den deutschen Zuckerkonsum jährlich um 45 Millionen zu vertheuern. Das Kartell arbeitet mit den Mitteln, welche wir ja von den Unternehmern bereits zur Verfügung kennen gelernt haben, mit nichtsichtharem Terrorismus, gegen den noch niemals ein Staatssekretär auch nur einen Versuch gemacht hat, ein Zuchtgesetz zu entwerfen. (Lachen rechts.) In der Sitzung vom 27. Oktober 1900 wurde beschlossen, den Abnehmern einen Revers des Inhalts vorzulegen, daß sie sich verpflichten, künftig mit unparteilichen Zuckersachfabrikanten oder solchen, die in anderer Weise dem Kartell entgegengetreten, Geschäfte nicht mehr zu machen. Durch die Ausfuhrprämie, die auch den Preis des Inlandsproduktes verteuert, durch die 45 Millionen, um die das Kartell den Zucker verteuert und durch die Abgabe, die das Reich erhebt, wird der Zucker dem deutschen Konsument um 211 1/2 Millionen, d. h. 3,80 Mk. auf den Kopf verteuert. Während der Zucker infolge dieser Steuern pro Pfund 32 Pf. kostet, bleiben 14 Pf. für das Pfund Zucker als Preis für den Produzenten. Der Zucker wird also um 130 pCt. des Wertes für den Käufer verteuert. Solche Monopolpreise wären unmöglich, wenn wir nicht den Prohibitivzoll von 20 Mk. pro Centner für die Einfuhr hätten. Mit Zucker ist eine solche Preissteigerung noch viel zu glimpflich bezeichnet. (Sehr richtig! b. d. Sozial.) An der Spitze des Zuckerkartells steht Herr Bued, der ja schon öfter hier genannt werden mußte, wenn es sich um die Bekämpfung der ärmeren Volksklassen handelt. Von Mitgliedern des Kartells sind in dem Ausschusse der Konservativen Hr. v. Nitzsch-Damsdorf, Herr v. Arnim, Graf Carmer und vom Zentrum Herr Pingel. Ich bin sehr dafür eingetreten, daß der Zuckerkonsum gehoben werden möge, denn der Zucker hat wegen seiner verhältnismäßigen Billigkeit als Nahrungsmittel große Bedeutung. Durch die Zollgesetzgebung ist es dahin gekommen, daß die Konfervenindustrie für Zuckerkartelle, die ihren nationalen Boden in Deutschland haben könnten, in's Ausland verlegt worden ist. Diese Fabrikation hat in England eine große Ausdehnung gewonnen, weil England in der Lage ist, unseren deutschen Zucker um 20 Pf. billiger zu bekommen als wir. Die Engländer zahlen nur 12 Pf. für das Pfund. (Hört! Hört! b. d. Sozial.) Der Zuckerkonsum ist im deutschen Reich außerordentlich gering. 1897 wurden pro Kopf 11 1/2 Kg. verbraucht, in England 34 1/2 Kg, also dreimal soviel wie in Deutschland. Wenn diese Art der Besteuerung anrecht erhalten wird, so überlassen wir große Massen des Volkes einen kleinen Anzahl Ausbeuter und Wucherer. Herrn Hertel scheint der Ausdruck „Wucherer“ nicht zu gefallen. (Abg. Hertel: Ich habe ja gar nicht zugehört.) Die große Mehrheit des Volkes hat Interesse daran, daß ein so wichtiges Nahrungsmittel nicht verteuert wird. (Bravo! bei den Sozial.)

Graf Stolberg-Wernigerode (Hr.) wünscht mögliche Beschleunigung des Sacharinfsteuer-Entwurfes.

Dr. Passche (Hr.): Die Zahlen des Borredners stimmen im Allgemeinen. Der Engländer bezahlt aber 15 bis 16 Pf. pro Pfund und nicht 12 Pf. Niemand würde übrigens froher sein, als die Zuckereinindustrie, wenn sie die Zuckerkartei los würde. Aber woher sollen wir die 120 bis 130 Millionen nehmen, die die Zuckereinindustrie jährlich dem Reiche einbringt? Was die Prämien betrifft, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in Frankreich die Steuer mit der Prämie 56 Mk. für den Doppelcentner beträgt. Frankreich hat das auch aus finanziellen Rücksichten. In den letzten 6 Jahren hat bei uns durchschnittlich keine Vermehrung der Zuckerproduktion stattgefunden, während Frankreich die seine fast verdoppelt hat. Die gesamte europäische Zuckerproduktion ist von 3 480 000 Tonnen auf 5 900 000 Tonnen gestiegen. Die Folge solcher Ausdehnung ist doch die, daß die Konsumenten billigeren Zucker bekommen. Das Kartell ist nur dazu geschaffen, um Widerstand gegen die wachsende Konkurrenz leisten zu können. Wenn die Produzenten nur 3 Mk. für den Rohzucker erhalten, dann können sie keine Ernte hinnehmen. Trotz aller Bemühungen ist es nicht möglich gewesen, die anderen Länder zur Aufhebung der Zuckerprämien zu bringen. Würden wir jetzt die Prämie aufheben, so würden wir eine große Industrie opfern, bloß damit England nicht billigeren Zucker bekommt als wir. Seit 6 Jahren dehnt sich die Produktion in Deutschland nicht aus, weil in der Landwirtschaft Arbeitlosigkeit herrscht und die Löhne steigen.

Stalder (Hr.): Es besteht ein großer Unterschied zwischen den Industrien und den beiden landwirtschaftlichen Rängen. Bei letzteren kann doch der Zweck nicht eine Preissteigerung sein. An den Ausfuhrprämien liegt uns gar nichts. Uebrigens war der Zucker früher viel theurer als jetzt.

Richter (Hr.): In der Frage der Zucker- und Prämiensteuer des Kartells stimme ich durchaus Herrn Wurm bei. Herr Passche fragt, wo bleiben wir mit unserem Zucker, wenn er nicht mehr ins Ausland geht. Der innere Konsum würde demartig zunehmen, daß der Anfall des Abfuges nach dem Auslande vollkommen gedeckt würde. Die Hauptfrage ist aber die Kartellfrage, wie wollen wir, daß Private zur Reichssteuer noch eine Kartellsteuer legen. Die Absicht des Kartells, den Zuckerpreis um 3 Mk. pro Zentner zu erhöhen, macht für Deutschland eine jährliche Mehrbelastung von 42 Millionen Mark aus. (Hört, hört! links.) Von dem Spindelgewinn werden nach den Bestimmungen des Kartells 5 Prozent zu einem Kampffonds verwendet, der dazu dient, neu entdeckte Fabriken in den Zuckerpreisen so systematisch zu unterstützen, daß sie den Betrieb einstellen müssen.

Wurm (Hr.): Daß der Preis für Zucker vor 20 Jahren höher war als jetzt ist richtig; aber damals waren auch die Produktionskosten bedeutend höher. Herr Passche meint, die Kartelle lägen auch im Interesse der Arbeiter. Es klingt wirklich komisch, wenn Sie von der Liebe zu den Arbeitern reden. Gerade in den Zuckerfabriken herrschen die unglücklichsten Arbeitsverhältnisse, und als die Arbeiterkampfgesetzgebung anfiel, waren es gerade die Zuckerfabrikanten, die petitionirten, man möge die Nachtarbeit der Arbeiterinnen weiter zulassen. — Diese ganze Vertheuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel wird dazu beitragen, die Bevölkerung weiter anzuhäufeln. Die Empörung in den Volksschichten über diese Ansohderung durch das Zuckerkartell ist eine allgemeine. (Bravo! bei den Sozial.)

Passche (Hr.) dankt dem Borredner gegenüber, daß in den Papierfabriken die Lohnverhältnisse besonders günstig seien.

Damit schließt die Diskussion.

Dem Titel „Krauseneinnehmer“ erklärt Reichssekretär Hr. v. Thielmann auf eine Anfrage des Abg. Holz (Hr.), daß die Krone zum Brauereikonkursrecht noch vor dem Reichstag zugehen werde.

Der Reichstag wird nach wissenschaftlicher Debatte erledigt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Etat des Indochinesen und Reichshofratssachen.)

Edwin P. Hr.

den der Handelskammern heraus entstanden. Eine Entlastung für die Post entsteht dadurch nicht, denn wir müssen Sortirbeamte anstellen, die sehr sorgfältig arbeiten müssen. Das Gesetz liegt daher lediglich im Interesse des Verkehrs und ich bitte Sie, schon geneigter Ihre Zustimmung ertheilen zu wollen. Bis zu 20 Mark können wir unmöglich gehen, dann kommt ja Niemand. Im Interesse des Verkehrs liegt es doch, die Gebühren möglichst niedrig zu bemessen.

Dasbach (Hr.) schließt sich dem Antrag des Abg. Müller-Sagan an.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Lesung liegt der Antrag Müller-Sagan vor, die Höchstgrenze der Gebühren auf 20 Mark festzusetzen.

Staatssekretär v. Bodelski bittet nochmals um Ablehnung des Antrages.

Marconr (Hr.) bittet den Antrag abzulehnen. Die Annahme des Antrages könnte leicht dazu führen, daß z. B. in Wabern die Post die Einrichtung solcher letter-boxes bei einer Gebühr von 20 Mk. nicht lohnend genug findet und sie überhaupt unterläßt.

Dertel (Hr.) spricht sich gegen den Antrag aus.

Ebenso der Abg. Baiermann (Hr.).

Müller-Sagan (Hr.): Viele Kaufleute und besonders die Hoteliers sind in ihrem eigenen Interesse gezwungen, die Pächter zu benutzen. Da darf man es doch der Post nicht überlassen, die Höhe der Gebühren nach ihrem Belieben zu bestimmen.

Dasbach (Hr.): Wenn wir jetzt den Antrag nicht annehmen und uns später über zu hohe Gebühren zu beklagen, so kann uns der Staatssekretär einfach lange Reden halten lassen und auf das Gesetz hinweisen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Müller-Sagan wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Hierauf wird das Gesetz in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Kunze wird der Chef des Militärstatens in zweiter Lesung beraten.

In Extraordinarium für Sachen nimmt das Haus nach den Vorschlägen der Kommission eine Anzahl Abschnitte vor.

Für Beschaffung und Einrichtung eines Militärbegräbnisplatzes in Dresden werden 750 000 Mk. gefordert.

Die Kommission beantragt Streichung der ganzen Summe.

Auf Antrag der Abg. Dr. Dertel (Hr.), Müller-Sagan (Hr.) und Graf v. Driola (Hr.) werden als erste Rate 25 000 Mark bewilligt.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Es folgt der Etat für das Reichsmilitärgericht.

Dazu beantragen die Abgeordneten Gröber und Genossen (Hr.) in einer Resolution, den Reichsanwalt zu eruchen, zu veranlassen, daß die Veröffentlichung einer Statistik über die Militärstrafachen ergründet wird durch eine Statistik über die bedingten und unbedingten Begnadigungen in Militärstrafachen.

Gröber begründet die Resolution. Bisher liegt uns nur eine Statistik über die bedingten Begnadigungen bei Urtheilen bürgerlicher Gerichte vor. Ueber die unbedingten Begnadigungen haben wir überhaupt noch keine Statistik. Die Statistik, die wir wünschen, hat folgenden Zweck: Stellt es sich heraus, daß in besonderen Fällen die Zahl der Begnadigungen besonders hoch ist, so folgt daraus, daß entweder die angelegte Strafe zu hoch ist, oder daß bestimmte Kreise bei der Begnadigung wegen bestimmter Delikte besonders begünstigt werden. Derartigen Missständen soll vorgebeugt werden.

Kriegsminister von Söfler: Es liegen erhebliche Bedenken gegen die Resolution vor, da das Begnadigungsrecht den einzelnen Landesherren zusteht und eine Kontrolle der Ausübung dieses Rechts durch das Reich nicht zugänglich erscheint. Eine bedingte Begnadigung giebt es in Militärstrafachen überhaupt nicht.

Red. Kobarg (Hr.): Ich muß nochmals auf meine persönlichen Ausführungen über die Befähigungsordere der Gerichtsherren zurückkommen. Die Begnadigung oder eine Herabsetzung der Strafe liegt nur dem obersten Kriegsherrn zu. Thatsächlich siegt aber heute die Sache so, daß die Gerichtsherren auf Grund ihrer Befähigungsordere häufig selbst bei schwereren Delikten die Strafe ganz erlassen. Dieser Zustand widerspricht dem Wortlaut des Gesetzes und ist unhaltbar. (Beifall links.)

Gröber (Hr.) wünscht in seinem Antrage die Worte „bedingten und“ gestrichen zu sehen.

Mit dieser Aenderung wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen; ebenso debattelos der Etat für das Reichsmilitärgericht.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Speck (Hr.): Die Mindereinnahme aus dem Gersten- und Weizenzoll infolge des Rückganges der Einfuhr beweist, daß das Ausland wohl in der Lage ist, noch einem weit größeren Bedarf zu genügen, als das bisher der Fall ist.

Richter (Hr.): Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Zustände auf dem Papiermarkt lenken. Dort hat ein Syndikat von Papierfabrikanten eine erhebliche Preissteigerung erzwungen. Gegenwärtig ist außer 30 Mk. kein Papier mehr zu haben. Eine Folge davon ist, daß verschiedene Zeitungen ihre Abonnementspreise und ihre Inseratenpreise erhöht haben. Diese Erhöhung ist aber nicht im Einklange mit einer Steigerung der Produktionskosten gerechtfertigt. Die Produzenten begründen die Preissteigerung mit dem hohen Zoll, der 1877 von 4 Mk. auf 6 Mk. erhöht worden ist. Heute ist aber das Papier viel billiger geworden, jedoch der alte Zoll von 6 Mk. heute nicht mehr im Verhältnisse zu dem geringen Reich des Papiers steht. Die große Papiermanufaktur beweist, daß das Papier so billig ist, daß es selbst bei hohen Frachten nach ferneren Ländern lohnbar kann. Da der Zoll jetzt jeden Cent verleiht, sollte man doch die Frage erwägen, ob sich nicht eine Aufhebung oder Ermäßigung empfiehlt.

Stolz (Hr.): Die Preissteigerung auf dem Papiermarkt ist sehr bedauerlich, aber ich weiß nicht, wie man dagegen ankommen kann. Wir sind Gegner aller solcher Syndikate und Ringbindungen, die darauf ausgehen, den Preis eines Produktes ungebührlich zu steigern, aber ob eine Zollermäßigung da etwas nützen soll, ist sehr fraglich. Die Preise für Cellulose sind lange nicht in dem Maße gestiegen wie die Papierpreise. Die Holzproduzenten haben von dem außerordentlichen Anstiege der Papierpreise keinen Nutzen, sondern nur einen sehr geringen Vortheil gehabt.

von Seele- (Hr.) verlangt eine Herabsetzung der Zölle auf Reis, Mais, Soja, Linsen, Bohnen und Getreide sowie Herabsetzung der Salzsteuer.

Richter (Hr.): Der Antrag des Herrn v. Seele, eine Herabsetzung der Zölle würde nichts nützen, wie ich nicht. Wenn Graf Stolz meint, man möge die Spindeln mit allen Mächten zu beklagen haben, so muß er doch zuerst nach dem nächsten Mittel greifen, das sich in der Herabsetzung des Zolltarifs darbietet.

von Seele (Hr.): Ich sehe auch auf dem Standpunkte des Herrn Seele, daß mit einer Herabsetzung der Papierzölle ein erhebliches gegen das Syndikat nichts auszurichten ist. Will Herr Richter durch Ertrag gegen die Spindeln vorgehen, so muß er uns auf einer Seite haben.

Damit schließt die Diskussion.

Dem Titel „Zuckerkartei“ bekannt.

Stolz (Hr.) daß die Eisenbahnen noch immer nicht in die Hände der Eisenbahnen für den Betrieb der Eisenbahnen übergeben werden. Die Eisenbahnen sind nicht so glücklich, daß wir auf die Eisenbahnen verzichten. Wenn der Eisenbahnen...

übertragen worden ist. — Wie der „Tägliche Rundschau“ von angeblich zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist Staatssekretär Graf von Sadowitz nicht, wie es ursprünglich hieß, Donherr von Brandenburg, sondern Mitglied des Domkapitels im Reichsstift Naumburg an Stelle des verstorbenen Oberpräsidenten von Pommern geworden. Der Bestirmer des Nachlassgesetzes folgt also dem langjährigen parlamentarischen Befürworter des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie. Die „Investitur“ wird in Naumburg Mitte März stattfinden. — In der zweiten hessischen Kammer hat der antisemitische Abg. Köhler einen Antrag eingebracht, dahingehend, gewissermaßen als Repressalie gegen die Diktatorverweigerung für die Reichstagsabgeordneten, das Gehalt des hessischen Gesandten in Berlin sowie die Diktatorbezüge und Transporthilfen des hessischen Bundesvollmachtigten zu streichen bezugnehmend. Köhler beantragt, den im Budget vorgezeichneten Kosten für die auswärtigen und Bundesverhältnisse zu streichen und dafür zu setzen: Pension des hessischen Gesandten in Berlin 10 000 M.; für die Kosten der Regulierung der Höhegrenze, Anhangs- und Stellvertretungskosten 5000 M., zusammen 15 000 M. — Die Faschnachts-Nummer des „Simpli-Simpli“, welche am 19. Februar ausgegeben worden ist, sollte am 26. Februar auf Ersuchen der Breslauer Staatsanwaltschaft in Berlin beschlagnahmt werden. Es waren aber schon sämtliche Nummern des Blattes verkauft. — In Bulgarien ist der Führer der Opposition Karawelow wieder einmal aus Rußland gekommen. Er hat das Präsidium und die Finanzen übernommen. — Nach einem Neuter-Telegramm aus Colon (Kolumbien) hat am 20. Februar in der Nähe von Maria la Caja zwischen einer kleinen Abtheilung Regierungstruppen und 100 Aufständischen ein Gefecht stattgefunden, in welchem letztere geschlagen wurden. Die Aufständischen hatten 10 Tote und 10 Verwundete, auf Seite der Regierungstruppen 8 Offiziere, 7 Mann, viele wurden verundet.

### Belgien.

Eine glänzende Rechtfertigung der Transvaalregierung. Großes Aufsehen machte voriges Jahr der Prozeß in Brüssel über die Transvaaler Selatibahn. Die Sache ist jetzt in zweiter Instanz verhandelt worden. Die Regierung der Südafrikanischen Republik hatte die Konzeßionäre der Bahn verklagt wegen betrügerischer Handlungen bei der Bildung der Gesellschaft. Angeklagte in diesem Prozesse waren: die Barone Robert und Eugen Oppenheim, Bankiers in Paris, Henri Warnant, Rechtsanwalt beim Appellgericht in Brüssel, Louis Warnant, Ingenieur in Beaufarge bei Lüttich, E. Termagne und E. de Braconnier, beide aus Lüttich. Die Anklage bezugte hauptsächlich auf der Thatsache, daß die beiden Oppenheim und Braconnier als Direktoren mit E. Warnant als Strohmännchen einen fingierten Vertrag über den Bau der Eisenbahn geschlossen und dabei die Bestimmungen der Konzeßion umgangen hätten. Henri Warnant, der juristische Berater der Gesellschaft, gilt als der Vater des betrügerischen Aktes, während Termagne als Administrator der Gesellschaft mitschuldig ist. Der Zweck der Mache war nach der Anklage die Aneignung des Gesellschaftskapitals von 1 1/2 Millionen Franken. Zu ihrer Verteidigung führten die Angeklagten in erster Instanz an, daß sie große Summen hätten ausgeben müssen, um die Konzeßion überhaupt zu erhalten, besonders aber die einflußreiche Mitglieder der Regierung und des Volkshades zu bestechen. Ferner behaupteten sie, die Regierung der Südafrikanischen Republik habe davon Kenntnis gehabt, und deshalb sei sie stillschweigend mit der zur allgelegten Handlungsweise einverstanden gewesen. Der Prozeß begann vor der Strafammer in Brüssel am 1. Juni 1900, am 25. Juni wurde das Urtheil verurtheilt, welches für die beiden Oppenheim und Henri Warnant auf je 1 Jahr Gefängniß und 2000 Francs Geldstrafe, für Termagne auf 6 Monate und 500 Francs Geldstrafe lautete, E. Warnant und Braconnier wurden freigesprochen. Auf die Berufung der Verurtheilten hat das Appellgericht sein Urtheil dahin ausgesprochen, daß Eugen Oppenheim 3 Jahre, H. Warnant 1/2, und Termagne 1 Jahr Gefängniß erhielt. Gegen Robert Oppenheim wurde das Strafverfahren aufgehoben, er nachwies, daß er wegen Krankheit zur Verhandlung nicht erscheinen konnte. Die Strafen sind danach stark verschärft worden, und die Regierung der Südafrikanischen Republik geht sonach völlig gerechtfertigt in der Angelegenheit hervor.

### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegeschauplatz. Die Londoner Mächtigkeiten machen sich nun keine Illusionen mehr über das Scheitern des Vorgehens gegen Dewet. Mehrere Telegramme berichten, daß Dewet sich im Freistaat in Sicherheit befindet, und daß es ihm möglich sei, frische Streitkräfte zu sammeln, um seine alte Taktik wieder aufzunehmen. Selbst amtlich wird das jetzt zugegeben. Die Pretoria wird nämlich jetzt offiziell gemeldet: Dewet rückte bei Phillipolis vor, wurde aber von unseren Truppen überholt und verjagt. Jetzt auf Fauresmith. General Babinaton erlitt eine Kanone und ein Pomponggeschütz, die bei Sandfontein verloren waren. 38 Büren mit 50 Pferden wurden am Sandfontein gefangen. General Dartnell erlitt eine hochschiffliche Wunde in der Nähe von Pietretief, wo sich mehr als 50 Büren mit Kommandanten ergaben.

Die Pest breitet sich in Kapstadt immer mehr aus; Sonntag und Sonntag sind elf neue Fälle zur Kenntniß gelangt. Der Erkrankten befindet sich eine europäische Frau, ferner sieben fünf Beiden von Farbigen gesund.

### China.

Vom Chinawarrentar. Die „Pail Mail Gazette“ kündigt an, daß in einem Berliner Telegramm an, daß der Kaiser Ende März zurückzukehren gedenkt. Ferner meldet dasselbe Blatt: Das wichtigste Fortschreiten der Verhandlungen geklärte die Erwartung eines Ausbisses zur Beobachtung und Ausführung der wichtigeren Artikel des Friedensvertrages. Nur der Artikel betreffend die Revision der Handelsverträge verhindert den schließlichen Abschluß der Verhandlungen. Die verschiedenen Regierungen verfahren bereits den Charakter der Indemnität. — In Ostindien hat den Abschluß des Mandchurien-Vertrages gegen das bisher nur Frankreich keinen Einpruch erhoben hat, als ganz harmlos hinzustellen. Die russische telegraphische Agentur stellt es auf Grund von Mittheilungen der vollkommen glaubwürdigen Quelle so dar, daß der Text der russisch-chinesischen Konvention durch die ausländische Presse nicht veröffentlicht worden sei, am Mißtrauen gegen England zu vermeiden. Namentlich solle durch seine Unvereinbarkeit in die Augen der im Anzuge stehende Spezialvertrag betreffend die Handelsverträge mit China einen Spezialvertrag abschließen wollte.

so könnte dies nur den einzigen Zweck haben, den Wunsch zu verwirklichen, die Mandchurien an China zurückzugeben und die Bedingungen festzustellen, unter denen die Rückgabe dieser Provinz ermöglicht werden könnte. — Also Rußland hat lebhaft die Mandchurien annektrirt, um sie zu gelegener Zeit China wieder zurückzugeben. Ein eigenartiges Verfahren! Die „Universal Gazette“ in Shanghai veröffentlicht folgendes Telegramm aus Nintschwang: 8000 Russen griffen bei Hingling 10 000 berittene Räuber an. Letztere eroberten ein russisches Geschütz. Die Russen zogen sich mit einem Verlust von 20 Töbten und 30 Verwundeten nach Mukden zurück.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 6. März 1901.

Achtung, Tabakarbeiter! Zuzug ist nach wie vor von Reinfeld streng fernzuhalten! Der Fabrikant Bruhn hat noch nicht bewilligt und macht auch keinerlei Anstalten, sich mit seinen ausländigen Arbeitern in Güte zu einigen.

Im sozialdemokratischen Verein hielt Montag Abend Genosse Friedrich den angekündigten Vortrag über „Lübeckische Verfassungsgeschichte.“ Ausgehend von dem sogenannten Bürgerrecht aus dem Jahre 1669 schilderte Redner in seinem fünfviertelstündigen Vortrage, wie allmählich die jetzige Verfassung, die das Datum des 7./12. April 1875 trägt, entstanden ist. Die überaus zahlreiche Versammlung nahm den Vortrag beifällig auf. Hinsichtlich der Märzfeier wurde beschlossen, Montag den 18. März eine Versammlung mit einem auswärtigen Redner (Genosse Emil Fischer-Hamburg) abzuhalten. Es sollen zu diesem Zwecke Karten zu 10 Pfennig ausgegeben werden. Für die Vorbereitungen zur Maifeier wurde ein Komitee von 12 Personen gewählt, mit dem Rechte der Cooptation. Ferner wurde beschlossen, die Maifeier auf dem zu Buntekuh gehörigen großen Wiesenplatze abzuhalten.

Gegen den Brodwucher! Am Sonntag Nachmittag tagte in Trummess im Lokale des Herrn Schacht eine Volksversammlung, zu der sich trotz der schier unergründlichen Wege etwa 50 Personen eingefunden hatten, darunter eine Anzahl Kleinbauern, welche dem Referat des Genossen Bartels-Lübeck Beifall zollten und der Protestresolution einmüthig zustimmten. — Die Protestversammlung in Didesloe am Sonntag, im Lokale des Herrn Pelikan, war von etwa 120 Personen besucht, darunter auch eine Anzahl Frauen. Genosse Emil Fischer-Hamburg geisterte in 1 1/2 stündigem Vortrage die agrarische Politik. Der Protestresolution stimmte die Versammlung einmüthig zu. Der Vorsitzende Eschenburg und der Genosse Heinrich-Hamburg empfahlen den Beitritt zur sozialdemokratischen Partei und das Abonnement auf die sozialdemokratische Presse. — Einen mehrfach von Beifall unterbrochenen Vortrag über die verderbliche Wirkung der geplanten Erhöhung der Kornzölle hielt in Segeberg Genosse Weinheber-Hamburg. Die Resolution wurde von den 150 Erschienenen einstimmig angenommen. — Am Sonnabend den 2. März fand in Lauenburg a. Elbe, im Rörtinger Lokal, eine von über 400 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Kosbicki-Wandsbek in 1 1/2 stündigem Vortrage referirte. Der Beifall am Schlusse seiner Ausführungen und die einstimmige Annahme der Resolution bewies, daß auch die Lauenburger von einer Erhöhung der Kornzölle nichts wissen wollen. — In Hamburg sprachen am Sonntag im ersten Wahlkreise der Reichstagsabgeordneten Stadthagen und Richard Fischer, im zweiten Wahlkreise Reichstagsabgeordneter Diez in überfüllten Protestversammlungen, ferner fanden im Landgebiete des dritten Wahlkreises 15, im 8. schleswig-holsteinischen (Sande) 1, im 6. schleswig-holsteinischen Kreise auf dem Landgebiete 4 Versammlungen gegen den Brodwucher statt, ferner in Grundschof eine Versammlung, in welcher Kosbicki-Wandsbek referirte. In Kiel und Umgegend veranstalteten die Genossen morgen 6 Protestversammlungen.

## Parteigenossen!

## Erwerbt das Bürgerrecht!

Unfall. Der Postbote Dunder ist, wie der „Gen.-Anz.“ berichtet, gestern beim Herausnehmen eines Sacks aus dem Postwagen so unglücklich gestürzt, daß er eine starke Magenquetschung erlitt und sich eine Lungenblutung zuzog.

Stodtdorf. Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins war am Sonntag Abend äußerst stark besucht. Das Schulgesetz nebst Regulativ ward verlesen und lebhaft diskutiert. Schließlich ward folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Stodtdorf und Umgegend unterbreitet der Regierung in Entin folgende Resolution: Die Verhältnisse in der Stodtdorfer Schule sind schon seit einigen Jahren derartige, daß endlich einmal gründlich Remedur geschaffen werden muß. Die Schule ist überfüllt und würde es noch mehr sein, wenn die nach Lübeck und Krempeledorf gehenden Schüler am Orte blieben. Auch finden die vielen Erkrankungen unter den Schülern ihren Ursprung in der Ueberfüllung der einzelnen Klassen. Selbstredend sind auch mehr Lehrer anzustellen. Wir ersuchen die

Regierung, das hiesige Schulfeld baldigt in Augenschein nehmen und das Nöthige gemäß § 17 des Regulativs, Gesetz vom 6. 11. 1891, schleunigst anordnen zu wollen.“ Auch die nächste Versammlung wird sich mit dem Schulgesetz befassen. — Bekanntgegeben wurde noch, daß die Märzfeier am Sonntag, den 17. März, Nachmittags 4 Uhr stattfinden wird, und daß als Redner der Genosse Emil Fischer aus Hamburg gewonnen ist. Mögen die Genossen schon jetzt dafür agitiren, daß er ein vollbefestigtes Haus findet!

Entin. Das dicke Ende kommt nach! Jetzt soll ein Zuschlag von 20 Prozent zur Einkommensteuer erhoben werden. Das entspricht fast genau der Summe, die das Fürstenthum zur Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs beitragen muß. Das Volk, welches die Zehne bezahlt, welche seine Landboten kontrahirten, wird Diesen Dank wissen für ihren Bewilligungseifer!

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Zuzug von Brauereiarbeitern, Böttchern, Brauereihilfsarbeitern, Flaschenkellerarbeitern, Bierfahrern, Heizern und Maschinenisten ist von sämtlichen Brauereien Kiels streng fernzuhalten. — In dem Dorfe Elmchagen bei Kiel wurde bei der Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung in der dritten Klasse der Genosse Schläter gewählt.

## Das Arbeitersekretariat

Johannisstr. 46

ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7 1/2 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In der Sonntag-Nacht überfielen drei Kerle das Gehöft des Landmannes Kneesch in Angenbüsch bei Dahmsdorf und erzogen von dem Besitzer durch Bedrohung mit Todtschlag die Ergabe von etwa 14 Mark. — Im Forstort Baalen bei Rabeberg wurde ein Knecht beim Beladen von langen Tannenstämmen von einem abgleitenden Stamm in den Leib getroffen und tödtlich verletzt. — In Fress brannte am Sonnabend Abend die Scheune des Müllers Stühr in der Wadendorferstraße nieder. — Bekanntlich ist in der letzten Schwurgerichtsperiode in Altona der Arbeiter Schöndorf auf Grund recht sadenstimmiger Indizien schuldig befunden worden, bei Iphoe sich gegen ein Kind unethisch verhalten zu haben, wobei dasselbe, jedenfalls aus Angst, seinen Tod gefunden hat. Er wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Baur, hat Revision eingelegt und ist der Ueberzeugung, daß dieselbe anerkannt werden muß. — Großes Aufsehen erregt, wie dem „Hamb. Fremdenbl.“ telegraphirt wird, die durch Berliner Kriminaljuden erfolgte Verhaftung der Bahnhofsverwaltung von der Station Alschberg auf der ostholsteinischen Bahn. Ihr werden große Fehler zur Last gelegt. Die Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit der Festnahme ihres Bruders, der 50 Einbruchsdiebstähle begangen haben soll. Die Verhaftete ist sofort nach Berlin transportirt worden. — In Flensburg brannte die in den Gärten bei der Kanzeistraße belegene Jenenische Kohlenanzünderfabrik total nieder. Auch in diesem Falle wird Brandstiftung vermutet. — In Trebs bei Lübbchen wurde dem Forstarbeiter Föhning durch eine stürzende Tanne das rechte Bein zerquetscht. — In Neu-Wodern bei Feterow riß sich der zweijährige Knabe eines Tagelöhners ein Gefäß mit kochendem Wasser über den Körper. Das Kind starb bald darauf an den erlittenen Brandwunden. — In Keuskreiß sind neue Erkrankungen an der schwarzen Pocken nicht vorgekommen, jedoch ist eine Frau der Seuche erlegen. — In Altona entzündete ein Hintergebäude des Hauses Große Bergstraße 204 gestern Vormittag Großfeuer infolge Ueberhohens von Fetten in der Waschküche der Drogerie Scheidemantel. Drei über dem Fabrikraum arbeitende Tischlergesellen gerietten in größte Lebensgefahr, da sie die einzige nach oben führende Treppe nicht passiren und aus den Fenstern nicht herankommen, weil diese eisernes Sprossenwerk besaßen, also sich nicht öffnen ließen. Für die Nachbarn, die das sehen und hören und nicht helfen konnten, war das schrecklich. Zum Glück erschien die Feuerwehr recht bald auf der Brandstelle und es gelang ihr, mittels Sprungtuches und Hakenleitern die in Gefahr befindlichen Leute zu retten. Einer dieser Leute zog sich dabei eine Kopfverletzung zu, indem er, als man das Sprungtuch losgelassen hatte, auf das Steinhäcker fiel. — Ein großer Speicherverbrand kam gestern Nachmittag in dem Speicherkomplex Bankstraße 88—118 in Hamburg zum Ausbruch und zwar in einem der vierstöckigen massiven Speicher hinter 118, wofür die Firma Hambroek u. Laubmann große Quantitäten Baumöl und andere Oele, Säbholz, Baumwolle, Naphthalin, Tabak u. s. w. lagern hat. Das Feuer soll dadurch entstanden sein, daß beim Transportieren von Baumwollbällen eine Lampe umfiel und sofort Naphthalin in Brand gerieth. In dem 2. Speicher hinter 118 schlugen alsbald die heißen Flammen heraus. Die Füge 1, 2, 5 und 6, die Extradampfbriqe und der Gerüthewagen des Fuges 2, sowie zwei Fährdämpfer rückten zur Bekämpfung des Feuers an und gaben von der Wasserseite mit 6 Rohren, von der Bankstraße aus durch die Häuser mit 30 Rohren Wasser. Es gelang, die Nachbarpeicher zu halten, während der Speicher hinter 118 völlig ausbrannte. — Im Hause Stadthausstraße 20 stürzte gestern das Dienstmädchen Anna Kruse beim Fensterputzen aus einem Fenster der dritten Etage in den Hof hinab, fiel mit dem Kopf auf eine Laterne, die in Trümmer ging, und erlitt einen Schädelbruch, an dem sie sofort verstarb.

Bremervaden. Gewitterlast, die zu heftigen Entladungen kam, herrschte in der am Donnerstag stattgehabten Stadtvorordnetenversammlung. Zunächst kam der Stadtdirektor Hagemann, ein offenbar sehr selbstbewußter Herr, in Konflikt mit dem Genossen Haverkamp, welcher fragte, ob die Ueberführung der Arbeitswilligen der Firma G. Seebek u. S. Schiffswerft und Maschinenbau durch Nachschickung mit Zustimmung und auf Anordnung des Stadtraths geschehen sei. „Ja“ lautete die Antwort, welche eine Interpellation unserer Genossen zur Folge haben wird. Den Höhepunkt erreichte jedoch die Spannung, als bei des Projektes betr. Verlegung städtischer Einrichtungen in andere Räume der Stadtdirektor das ganze Stadtvorordnetenkollegium brüskirte, indem er die Kommissionsmitglieder indirekt als Leute hinstellte, die von hantlichen Einrichtungen keinen Schimmer einer Ahnung haben. Diese unkluge Brä-

fürung der Stadtverordneten trug denn auch ihre Früchte. Sämtliche Redner sprachen sich für die Kommissionsvorschläge aus, und schlugen dem Stadtrath gegenüber den Ton an, den man als das bekannte Echo aus dem Walde, in den man hineingerufen, bezeichnen kann. Allmächtig hatte sich eine allgemeine, sonst im Kollegium so ungewohnte Kampfstimmung gegen den Stadtrath entwickelt, und da der Stadtdirektor fortfuhr, in gereiztem Tone zu antworten, und auch nicht verschmähte, persönlich animos zu werden, worin ihm Stadtrath Ottens mit meisterlichem Ungeschick den Rang abzulassen suchte, so war ein Zusammenstoß unvermeidlich. Wie der Letztere die Anspielung machte, daß eine Position der revidirten Jahresrechnung pro 1899 von der Revisionskommission ohne Verstand gelesen worden sei, war der Konflikt da. Stadtdirektorvorsitzer Kuhlmann rief unter der Zustimmung der Stadtverordneten den Stadtrath Ottens zur Ordnung. Das glaubte aber der Stadtdirektor nicht dulden zu dürfen, er protestirte gegen den Ordnungsruf und sprach dem Stadtdirektorvorsitzer das Recht ab, einem Mitglied des Stadtraths eine Rüge zu ertheilen. Höflich, aber bestimmt nahm der Vorsitzende gegenüber dem Stadtdirektor dies Recht in Anspruch, indem er auf den § 29 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung verwies. Die Stadtverordneten Baupel und Haverkamp unterstützten die Auffassung des Vorsitzenden unter Hinweis auf ähnliche Vorgänge im Reichstage. Der Stadtdirektor schien sich noch nicht genug kompromittirt zu glauben, er machte den nur durch seine Aufregung verständlichen Schritt, als Beweis dafür, daß der Stadtrath in den Stadtverordnetenversammlungen nicht zur Ordnung gerufen werden könne, daran zu erinnern, daß der Stadtrath in den Stadtverordnetenversammlungen garnicht zu erscheinen brauche. Besser konnte der Stadtdirektor sich allerdings nicht selbst widerlegen. Wo man nur als Gast oder Berather ist, hat man sich der Hausordnung zu fügen. Mit bemerkenswerther Entschlossen-

heit machte der Stadtdirektorvorsitzer dem Streit ein Ende, indem er über sein Vorgehen abstimmen ließ. Wie eine Mauer erhob sich das gesammte Stadtverordnetenkollegium für seinen Vorsitzenden. Lautes Bravo und Händeklatschen, das sich bis in den Zuhörerraum fortpflanzte, verrieth die Erregung, welche der Vorfall unter den Stadtverordneten hervorgerufen hatte. Der Stadtdirektor hatte einen derartigen Ausgang des Zusammenstoßes wohl kaum erwartet, er verrieth seinen ingrimmigen Aerger dadurch, daß er von kindlichem Benehmen sprach, was natürlich wiederum einen Sturm des Unmuths im Stadtverordnetenkollegium hervorrief. So war es denn auch, menschlich betrachtet, kein Wunder, daß die Erbitterung bei einzelnen Stadtverordneten so weit gestiegen war, um ihnen die kühle Ueberlegung und ruhige Ueberlegenheit zu rauben, wie es dem Stadtdirektorvorsitzer Nothde geschah, der Abbrechen der Sitzung forderte, bis festgestellt worden, wer Herr im Hause sei. Genosse Haverkamp verhinderte das Platzgreifen dieser Auffassung, indem er darauf hinwies, daß die Stadtverordneten doch einig seien, daß sie in ihren Sitzungen über Sitte und Anstand bestimmten, auch dem Stadtrath gegenüber, und daß ein Abbrechen der Sitzung eine Inkonsequenz sei. Nach dem Stadtdirektor kam der Stadtdirektor Schütze, der sich geradezu ungläubliche Dinge erlaubte! Er hat für Privatzwede einen städtischen Arbeiter verwandt, was die Revisoren monirten. Um sicher zu gehen hinsichtlich der Berechtigung dieses Verhaltens des Herrn, war sein früherer Chef, der jetzige Direktor der Hanseatischen Landesversicherungsanstalt, Herr Gebhard in Lübeck, befragt worden, welcher, etwa wie folgt, schrieb: „Es ist schwer, sich nach 15 Jahren noch an derartige Einzelheiten aus einer Kommunalverwaltung zu erinnern. Aber meine Erinnerung stimmt nicht mit Ihrer Darstellung überein. Es sind Ihnen nur 600 Mk. als Pauschsumme für Fuhrwerk bewilligt worden, daß

Ihnen die Verwendung eines Arbeiters zur Pflege Ihres Pferdes zugestanden worden ist, entsinne ich mich nicht. Das künde auch dem ganzen Entwicklungsgange der Sache entgegen. Würde ich erfahren haben, daß ein Arbeiter für Privatzwede beschäftigt hätte, so würde ich das Verhältniß sofort klaggestellt und für schriftliche Abmachung gesorgt haben. Ich halte es für einen Mißstand, wenn Arbeiter von ihren Vorgesetzten zu Privatarbeiten herangezogen werden. Ich komme nach alledem zu dem Ergebnis, daß Ihre Ansicht auf einem Irrthum beruht.“ Der Ton, den nun der Stadtdirektor in seiner Antwort auf das Schreiben Gebhards gegen diesen anschlug, war einfach skandalös. Er sprach darin von „dem bekannten Bruchton der unfehlbaren Ueberzeugung“ und nannte seine früheren Vorgesetzten p. p. Gebhard! — Genosse Haverkamp machte diesem respektvollen Kritiker seinen früheren Vorgesetzten seinen Standpunkt gebührend klar. Es wird Herrn Gebhard jedenfalls recht angenehm berühren, zu erfahren, wie der Herr Schütze ihn werthet. Besterem wurde übrigens für die Zukunft verboten, Leute für sich zu beschäftigen. — Die Sitzung hat das seltene Bild einer Bürgervertretung geboten, welche Küdgrat zeigt!

**Briefkasten.**

**C. P. 32.** Eine lübische Ruthe = 16 Fuß = 460,29 Centimeter. Danach mögen Sie versuchen, Ihren Streit zu einer friedlichen Ende zu führen. Es giebt in Deutschland 18 verschiedene Felsmaße, wir nehmen aber an, daß Sie lübische Ruthe meinen.

**Sternschanz-Viehmarkt**

Der Schweinehandel verlief ruhig. Angeführt wurden 350 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Bezugsdichtungen: 55—56 Mk. leichte 52—55 Mk., Sauen 48—53 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. für 100 Stk.

**Dankfagung.**  
Für die rege Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer Tochter sagen herzlichsten Dank  
Hamburge, im März 1901.  
**Otto Niehus und Frau.**

**Ein febl. Zimmer für 2 junge Leute**  
Fischergrube 84.

**Ein febl. Zimmer für 2 jg. Leute**  
Alfstraße 22.

**Ein freundliches Logis zu vermieten**  
Kappelerstraße 22 a, 1. Et.

Zum 1. April sind Hafenstraße 52 (Burgthor) 2 Wohnungen à 4 und 3 Zimmer nebst Zubehör billig zu vermieten.

Zu vermieten zum 1. April ein leeres heizbares Zimmer mit Kammer. Näheres  
Waldenburger 168, 1. Et.

Dabei ein Kinderwagen zu verkaufen, Fr. 6 Mk.

Zu kaufen gesucht  
**ein Schleißstein zum Drehen**, passend für Holzarbeiter. Wo? Zu erst. in der Exp. d. Bl.

**Ein guterhaltener Kinderwagen**  
und Wasserpumpe zu verkaufen  
Fischerstraße 1, 1. Et.

**Vollständige Ausrüstungen**  
für junge Leute, die sich dem Seemannsberufe widmen wollen, empfiehlt  
**H. Prenzlau, Untertrave 66/67.**

**Engelsgrube 53 H. Mohr Schwönetenquerstr. 1**

**Möbel-Ausstattungs-Geschäft**  
empfehlen sein  
**grosses Lager in Mobilien, einfach und elegant.**  
Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.  
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. Ansicht gerne gestattet.

**Schluss**  
des  
**Ausverkaufs**  
Freitag den 8. März.  
Die letzten Reste  
**sehr billig!**  
**L. Duve, Große Burgstraße 32.**

Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 50.

**Reclam's**  
**Bibliothek**  
in Taschenformat.  
Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller  
à Bändchen 20 Pfg.

**Grosse Auction!**  
am Mittwoch den 6. März  
Nachm. 2 1/2 Uhr  
**41 Hundestraße 41**  
über: 1- und 2 schläfge Bettstellen, 1 echtes Kuchbaum-Betticow, Commoden, Küchensche, zwei Sophas, Mahagoni-Meiler und Toilettenpiegel, Polster- und Tafelstühle, 1 Nähmaschine, 2 neue Scheiden-Schiebellen, Schillers Werke, ein großer Posten Eisenbüden, Galanteriepaaren, ein Posten Wäsche, Kleidungsstücke u. v. u. Gen. mehr.

**Joachim Ch. B. Schmehl,**  
Auctionator und Taxator.

**Central-Verband**  
**der Maurer.**  
(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 6. März  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
Die örtliche Verwaltung.

  
**Frisch geräucherte hiesige**  
**Bücklinge und echte Sprotten,**  
**geräucherte fette Fleckheringe**  
**und Lachsheringe,**  
**neue Flohheringe**  
empfehlen  
**Anton Knaack**  
Dornerstraße 17, Ecke Reierstraße.

**Max Kegel's**  
**Socialdemokratisches**  
**Liederbuch.**  
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.

**Möbel-Fabrik**  
**Hintze & Stech, Lübeck.**  
Empfehlen:  
Polstermöbel, furnirte u. lackirte Möbel,  
Spiegel, Stühle, Matrassen etc.  
Directer Verkauf an Private in der Fabrik  
**Moislinger Allee 60.**

**Auf**  
zum  
**Circus Variété.**  
**Einzig!!**  
**Unerreicht!!**  
**Phänomenal!!**  
ist das März-Programm.  
12 Attraktionen.  
Sensationelles Gastspiel.  
**Prinzessin Rayah**  
und  
**Fine Delcliseur**  
die Urtonische.  
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

**Guter fräft. Wirttagstisch**  
von 11—2 Uhr.  
Abendessen von 6—9 Uhr à Portion 30 Pfg.  
Fischergrube 84.

**Gesundheitsbuch**  
in Staat, Gemeinde u. Familie.  
Herabgegeben von  
**Emanuel Wurm**  
unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten  
Erscheint in 25 Heften à 20 Pfg.

**Allerfeinste**  
**Zafel-Butter**  
kostet von heute an  
**Mk. 1.20 per Pfund.**  
**Th. Storm, Königstr. 98.**

**Stadt-Theater**  
Mittwoch 7 Uhr.  
(155) 121. Abonn.-Post. 17. Wirttagst.-Abend.  
Zum ersten Male.  
**Ueber unsere Kraft.**  
2. Theil.  
Donnerstag den 7. März.  
Zum 2. Male.  
**Ueber unsere Kraft.**  
2. Theil.

**Eimerbier**  
beste meinen Freunden und Gönnern  
jeden Wirttag u. Sonnabend Abend  
besonders empfohlen.  
**Adolf Osbahr**  
Glückwiesengrube 87.

**Bürgerliches**  
**Gesetzbuch.**  
Kleine Ausgabe 1 Mk.  
Große Ausgabe mit Erläuterungen 4,20 Mark.

**Achtung!**  
**Werstarbeiterverband.**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 6. März  
Abends 8 1/2 Uhr  
bei Spahrman, Hundestr. 101.  
Tages-Ordnung:  
1. Berichtsetzung von der vierten Verbands-  
Generalversammlung.  
2. Geschäftsbericht.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
Der Vorstand.

**Margarine**  
von Klatt & Dittmann in Hamburg.  
Verkaufsstellen erkenntlich durch Plakate.  
Lager und Vertrieb:  
Leopold Dose, Lübeck, Breitestr. 3.  
500 gute Schokolade und Tafeln in  
2-er, 3-er und 4-er Packung billig.  
Zum billigen Leben, 27 Fischergrube 27.  
Von heute an 10 Pfg. Preisermäßigung in  
Sachsen und Provinz-Regierungsbezirken.  
Zum billigen Leben, 27 Fischergrube 27.

**Scherm's**  
**Reisehandbuch**  
für wandernde Arbeiter.  
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte  
— Preis 1,50 Mk. —

## Ungefundes Recht.

Unser Presse-Recht ist krank und wird immer kränker. Warum?

Wäre der Journalistenstand von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es für alle Meinungen und Parteien nur ein Recht giebt, würde unser Strafgesetz nicht eine Reihe von Meinungsverbrechen kennen, die nichts anderes sind als die freimüthige Kritik bestehender Einrichtungen, kurz würde geschriebenes und geübtes Recht dem öffentlichen Rechtsbewußtsein entsprechen, dann müßte es jeder einzelne Schriftsteller für seine Ehrensache betrachten, jeden seiner Artikel mit seinem Namen zu decken und mit seiner Person zu verantworten.

Unser Recht und seine Ausübung macht die Anonymität der Verfasser zu politischer Nothwendigkeit, und so hat — da die Gerechtigkeit auf ihre Opfer nicht verzichten will — das System der verantwortlichen Redaktion in unserem Presse-Recht seine überwiegende Bedeutung erlangt. Es ist mit einem Worte, wie jeder Fachmann weiß, das System der Bestrafung Unschuldiger. In den meisten Fällen dürfte die Aufnahme „verbrecherischer“ Artikel nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen höchstens als eine Fahrlässigkeit, nicht aber als bewußte Thäterschaft betrachtet werden. Die angenommene Thäterschaft ist nur eine juristische Fiktion; der verantwortliche Redakteur — er braucht deswegen noch lange kein „Strohmann“ zu sein — ist nichts als der protokolllarisch sichergestellte Prügelnabe der Gerechtigkeit.

Bisher konnte man allerdings sagen, daß sich jene Person, die als verantwortlicher Redakteur zeichnet, der Bedeutung dieser Rechtsformalität bewußt sei und aus freiem Willen die Verantwortung übernehme. Auch das soll nun anders werden: der verantwortliche Redakteur soll auch für Artikel verantwortlich sein, für die er jede Verantwortlichkeit ablehnt, die er vielleicht weder gesehen, noch gelesen, noch zum Druck befördert hat.

Dieser neueste Fall liegt so: Herr v. Gerlach in Berlin zeichnet gewöhnlich als verantwortlicher Redakteur die „Welt am Montag“. Eines Tages erscheint eine Nummer dieses Blattes, deren Leitartikel von Herrn Gerhard Fließ mit vollem Namen gezeichnet ist, und der für den Polizeipräsidenten Windheim beleidigend sein soll. Die Nummer enthält den Vermerk: „Verantwortlich für den Leitartikel Gerhard Fließ, für den übrigen politischen Theil H. v. Gerlach, für den Handelstheil u. s. w.“ Dennoch hat seiner Zeit das Landgericht I in Berlin Herrn v. Gerlach wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten zu 150 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Und am 26. Februar hat der zweite Strafsenat des Reichsgerichtes seine Revision verworfen. Nach der Auffassung dieses Strafsenats wäre die Erklärung des Fließ, der den Leitartikel nur für diese eine Nummer als verantwortlich gezeichnet habe, bedeutungslos.

Die Entscheidung mag juristisch richtig sein oder nicht — und man darf wohl das letztere annehmen, da das Gesetz für Zeit und Umfang der Verantwortlichkeit keine Bestimmung kennt — jedenfalls beleuchtet sie grell den Widerspruch des Systems. Denn aus dem Juristischen ins Deutsche übertragen heißt sie: wer nur das verantwortet, was er selbst geschrieben hat, wer nur seine eigene Schuld büßen will und keine fremde, wer wirklicher Thäter ist, der ist kein verantwortlicher Redakteur. Verantwortlicher Redakteur ist nur, der nichts dafür kann und dessen ganze Schuld darin besteht, daß er zu vertrauensföhlig ist, um seinen Mitarbeitern und Kollegen täglich und stündlich nach ihren Verbrechen nachzuspüren. Er ist ein Gensdarm, der geföpft wird, weil er aus Ungehörigkeit den Mörder nicht packt, noch ehe er den Mord beging. Er ist das Opfer einer falschen Gerechtigkeit, die wenigstens irgend einen einsperren will, wenn eine böse That begangen wurde. Sind es zwei — um so besser!

Der zweite Senat des Reichsgerichtes hat gleichzeitig

erklärt, nach der Auffassung des dritten hätte das Urtheil aufgehoben werden müssen, weil nach dessen Auffassung die Zeichnung als verantwortlicher Redakteur allein maßgebend ist.

Das sind wirklich arme Armeelinder, die sich, anstatt zu fragen, ob sie zu Recht oder Unrecht verurtheilt worden sind, an den Knöpfen abzählen müssen, ob sie vor den „Zweiten“ oder den „Dritten“ kommen werden!

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die städtischen Arbeiter Charlottenburgs sind in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben in einer Versammlung bereits eine Lohnkommission gewählt, welche die Forderungen der einzelnen Kategorien (Gas-, Kanalisations-, Wasserwerksarbeiter u. s. w.) ausarbeiten und insbesondere mit Rücksicht auf die gesteigerten Mieten und Lebensmittelpreise vom Magistrat eine Theuerungszulage verlangen soll. Es finden gegenwärtig Sonderversammlungen der einzelnen Gruppen zur eingehenden Vorberathung der aufzustellenden Forderungen statt. — Der Streik der Arbeiter in der Holzbearbeitungsfabrik von D. Franke Söhne in Spandau ist für beendet erklärt worden. Nachdem in letzter Zeit sich immer mehr Streikbrecher angefunken hatten, gestaltete sich die Situation für die in den Abwehrstreik gegen eine harte Maßnahme ihres Arbeitgebers gebrängten Arbeiter immer ungünstiger. — Zur Lohnbewegung der Berliner Landschaftsgärtner wird gemeldet: Die im Herbst 1900 begonnene Bewegung hat nunmehr Erfolge zu verzeichnen, von denen hier die Hauptpunkte folgen mögen: „Minimalstundenlohn 40 Pf.; die Maximalarbeitszeit beträgt täglich 11 Stunden; die Organisation der Arbeitnehmer wird als eine notwendige und nützliche Institution zur Hebung des Standes anerkannt; in Zukunft werden in den Landschaftsgärtnereien nur organisierte Gehilfen beschäftigt, die sich als Mitglieder des Gehilfenvereins legitimiren können. Das Personal wird in erster Linie nur vom Arbeitsnachweise des „Allgemeinen deutschen Gärtnervereins“, Meberstraße 3, bezogen. — Die Sattler in Halle a. S. beschlossen, bei denjenigen Meistern, die die Forderungen von 18 Mark Minimallohn und zehnstündiger Arbeitszeit, 25 pCt. Aufschlag für Sonntagsarbeit und Ueberstunden nicht bewilligen, die Arbeit niederzulegen. — Sonnabend Vormittag haben sämtliche Schuhmacher, etwa 65 bis 70, der Fabrik von Gherke u. Dreihmann in Löttau wegen ausgedehnter Lohnunterschiede die Arbeit niedergelegt. — In der Lohnbewegung der Schneider in Stuttgart ist eine vorläufige Vereinbarung erzielt worden. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Schneider im Prinzip angenommen, vorbehaltlich einiger Änderungen in untergeordneten Punkten. — Die Genossenschaft der Damenschneider in Paris beschloß, die Forderungen der ausländischen Gehilfen endgültig abzulehnen und sich auf keine weiteren Verhandlungen einzulassen. — Die Matrosen und Heizer in Marseille haben sich nunmehr dem Hafenarbeiter-Ausstand angeschlossen. Die Ausständigen durchziehen die Straßen unter Absingen revolutionärer Lieder. Der sozialistische Bürgermeister von Marseille erklärte, er sei von ganzem Herzen den Ausständigen zugethan, rathe ihnen aber, von dem allgemeinen Ausstand augenblicklich Abstand zu nehmen. — 2000 Arbeiter der Handshufabrik Perrin in Grenoble traten in den Ausstand.

**Ueber einen Hafenarbeiterausstand in Palermo** meldet Wolffs Bureau unter dem 2. März: Gestern (Freitag) traten die Hafenarbeiter, weil sie sich durch die neuen Bestimmungen des Gesetzes über die Handelsmarine zu gewährenden Prämien benachtheiligt glauben, sowie wegen Mangels an Arbeitsgelegenheit in den Ausstand. Sie veranstalteten eine Kundgebung, gingen aber auseinander, nach-

dem ihnen eine Depesche der Regierung bekannt gegeben war, in der ihnen die Prüfung ihrer Beschwerden zugesagt wird. Indessen schlossen sich heute (Sonnabend) früh aber auch andere Arbeiter den Ausständigen an. Diese veranstalteten lärmende Kundgebungen, die sogar das Einschreiten von Militär nöthig machten. Die Bäden wurden geschlossen, der Verkehr von Wagen und Pferdebahnen wurde unterbrochen, an mehreren Punkten der Stadt wurden Gaslaternen umgerissen und Fenster eingeworfen. Bei den Zusammenstößen der Ausständigen mit den Polizeibeamten und dem Militär fanden auf beiden Seiten Verwundungen statt, die indessen alle leicht sind. Ein Gerücht, ein Soldat sei getödtet worden, hat sich als unbegründet erwiesen. Gegen Abend war die Ruhe fast überall wieder hergestellt, und die Stadt nahm wieder ihr gewöhnliches Aussehen an. Die Truppen kehrten in die Kasernen zurück. Der Bürgermeister hat eine Bekanntmachung anhängen lassen, in der er die Ausständigen zur Ruhe ermahnt, die das einzige Mittel sei, eine Berücksichtigung ihrer Beschwerden zu erlangen. — Der „Jerk. Btg.“ geht noch folgende Privatmeldung über den Ausstand und die Unruhen aus Rom zu: „Sonnabend war Palermo der Schauplatz größerer Arbeiterunruhen, die zum Theil dadurch entstanden, daß von den letzten Ausschreibungen öffentlicher Arbeiten Sitzuln nicht bedacht wurde. Die Sozialisten stehen der Bewegung fern, die sie von Kapitalisten hervorgerufen glauben, die einen Druck auf die Regierung ausüben wollen. Mehrere Stunden lang beherrschten streikende Arbeiter die Hauptstraßen und verübten allerlei Unfug. Besonders zeigten sich die Frauen sehr wild und aufrührerisch. Die Oberleitungen der elektrischen Bahnen und Hunderte von Laternen wurden zerstört. Schließlich stellte Militär die Ruhe wieder her. Das Ministerium sandte beruhigende Telegramme nach Palermo.“

**Bei der Gewerbegerichtswahl** in Zeulenroda (Meuß a. L.) wurden für das zu errichtende Gewerbegericht in der Klasse der Arbeitnehmer die 6 Kandidaten der Gewerkschaften gewählt.

**Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** bewilligte das Stadterordnetenkollegium in Halle 10 000 Mark zwecks Ausführung von Nothstandsarbeiten. Der Magistrat hatte sogar unter Anerkennung der großen Nothlage 16 500 Mark gefordert. In Linden bei Hannover wurden in einer Versammlung 431 Arbeitslose festgestellt.

**Die 17. sozialdemokratische Tageszeitung in Dänemark** wird vom 1. März ab in Skanderborg erscheinen. Sie wird den Namen „Skanderborg Sozialdemokrat“ führen.

**Die augenblickliche Lage in den Metall- und Maschinen-Gewerben.** Der von Dr. Japrow herausgegebene „Arbeitsmarkt“ hat eine Umfrage über die Lage der Eisenindustrie bei Arbeitgebern und Arbeitern veranstaltet. Die Berichterstattung erstreckt sich auf ca. 200 000 Metallarbeiter, von denen 76 000 auf Westdeutschland, vornehmlich Rheinland-Westfalen, 49 000 auf das Königreich Sachsen, entfallen. An dem Rest sind Nord- und Mitteldeutschland mit 32 000, die Seestädte mit 22 000, endlich auch der Süden des Reiches mit 12 000 beteiligt. Aus den Antworten heben wir Folgendes heraus: Das Ergebnis läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen. Am schwierigsten ist die Lage in Rheinland-Westfalen; geradezu günstig in den Seestädten und überwiegend auch in Süddeutschland. Alle übrigen Theile Deutschlands zeigen tiefe Einwirkungen der Krise mit gewissen Ansätzen zu einer Erholung. Ob diese Ansätze eine günstige Weiterentwicklung nehmen, wird im wesentlichen davon abhängen, ob der Metallindustrie günstigere Bezugsbedingungen in ihren Rohstoffen zu Hilfe kommen. Das Kohlen- und Koks-Syndikat liegt in tiefem Schweigen. Das Roheisen-Syndikat, das auf lange Zeit hinaus mit festen Bestellungen zu hohen Preisen versorgt ist, beharrt auf diesen unannehmlich. Bis jetzt hat allein der Halbzeug-Verband in weiser Würdigung der Er-

## Frauenloos.

Roman von E. Bels.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

In der Wohnstube der Familie Stemme in Hannover sitzen sie alle um den Kaffeetisch der Eltern, das Zwillingpaar — Onste ist ein schönes, stattliches Mädchen geworden, mit denselben lustigen Augen, die Moritz hat, der, schlank mit überlangen Armen und Beinen, jetzt nicht mehr den Kumpan der Schwester abgiebt, sondern ein gehorsamer Diener geworden ist. Sie ist nun ein Fräulein, und dem Lehrling, der „noch nicht Fisch und Fleisch ist“, wie der Vater immer sagt, überlegen.

Und dann Fenne, im Armstuhl, wie um ihn besonders zu ehren. Und das thun sie auch. Der Berlorene ist aus der Fremde gekommen und sie haben das Kalb für ihn geschlachtet, mit lauter und offener heller Freude haben sie ihn aufgenommen. Dies Zuhausekommen hat sich auch gelohnt — er ist ein gemachter Mann, der sein Schicksal selber in die Hand genommen. Und während man früher seinen Namen nicht mehr genannt hat und Frau Stemme ihre Thränen hat heimlich um ihn geweint, sagt jetzt der Alte vornehm und geringen Kunden und jedem andern, der es hören will: „Mein Ferdinand ist aus Brüssel zurück. Aus dem ist was geworden!“ Nichts ist verändert in dem Wohnzimmer, jedes alte Möbel steht an seinem alten Platz; alles ist blühlauber.

Frau Stemme trägt ein einfaches Hauskleid, eine große weiße Schürze. Auf ihrem Gesicht ist ein Zug von Behaglichkeit. Sie reicht dem Heimgekehrten die Schüssel mit dem Kapf-tuchen: „So was hast du wohl lange nicht mehr gehabt, mein Junge?“

Jetzt muß er erzählen, möglichst viel, er redet ja auch besser. Vater und Mutter sehen kaum älter, gleich stattlich wie früher aus.

Der Sattler greift nach der Zeitung, während seine Frau sagt: „Die Fenne hätte wirklich mitkommen sollen. Aber die hat sich so schwerfällig.“

Fenne zuckt die Achseln. „Mit Gewalt konnte ich sie doch nicht herbringen.“

Das Zeitungsbillet knistert in den Händen des Alten, die Brille sitzt ihm nicht recht.

„Nu laß den Jungen auch mal ausruhen“, jagt er zu Guste hinüber, die immer neue Fragen über das Leben in Brüssel hat. Seine Hauptmeinung ist aber die dabei, daß er ungestört sein Blatt lesen will.

Dann hat er doch noch eine Aeußerung.

„Da steht ja heute ausnahmsweise auch mal etwas von Altfein drin!“

„Was denn?“

Frau Johanna stellt ihre Tasse hin, Gustel reißt das Köpfchen in die Höhe und Moritz wippt herbei und guckt dem Vater über die Schulter. Er liest ja zehnmal schneller, als der.

„Allmächtiger!“ schreit er nach ein paar Sekunden.

„Was ist denn?“ fragt die Frau, denn sie sieht, wie Stemme aschfaul wird und das Blatt sinken läßt. Moritz nimmt es auf und liest halblaut:

„Gestern war unser Ort der Schauplatz einer grauenvollen Mordthat. Die bisher völlig unbescholtene Frau des Sattlermeisters Bessing erstach eine unter ihrem Dach wohnende Fabrikarbeiterin, Namens Julie Thomas; wie man allgemein annimmt, in einem Anfall von berechtigter Eifersucht.“

Ein Julitag ist's — glühender Sonnenbrand über der Ebene, trotz der Morgenkühle, welche der Expresszug der Hamburg-Amerikaline durchhaucht, der die Passagiere Engländer zuträgt, wo unten der alten Liebe der Doppel-schraubenschneideldampfer „Augusta Viktoria“ auf sie wartet.

In einem Abtheil dritter Klasse sitzen der Sattlermeister Friedrich Stemme, der nun ganz grau geworden ist, Bettchen mit dem Hanneken und Fenne Bessing. Seit drei Tagen hat sie ihre Freiheit wieder — ein Jahr ihrer Strafe, die sich auf zweieinhalb Jahr Zuchthaus belief, ist ihr im Gnabenwege erlassen. Sie war eine Gefangene, die sich gut geführt hat. Ihre Prozeßverhandlung hatte seinerzeit Aufsehen erregt; die Vertheidiger nicht allein, auch die Richter und ein Theil der Geschworenen hatten Mitleid mit ihr gehabt. Aber, als schon die Wage zu ihren Gunsten schwankte, hatte der eifrige Staatsanwalt darauf hingewiesen, daß wir nicht die sentimentale Weichmüthigkeit unserer überrheinischen Nachbarn nachahmen sollten, welche jetzt fast jede Mörderin freisprechen, die eine unglückliche Ehe an dem Manne oder der Nebenbuhlerin rächt. Adolfine Stemme hatte zugegeben, daß sie den Mord an Julie Thomas bei völliger Sinnesklarheit ausgeführt, sie hatte geschworen, wie beim Anblick der Geliebten ihres Mannes der heiße Wunsch nach Rache in ihr aufgefammt war und daß sie die tödtliche Waffe aus dem Nebenraum geholt. Sie hatte auf die Frage, ob sie Reue über die That empfinde, ein klares, fast freundliches „Nein“ hervorgestoßen. Seine Beredsamkeit, seine Beweisführung, sein Appell an die Gerechtigkeit riefen einen Umschwung der Stimmung hervor. Sie wurde verurtheilt, wenn ihr auch die Strafe niedriger bemessen ward, als beantragt war. Die Angeklagte hatte den Spruch ruhig hingenommen und keinerlei Verjuche, ihn zu mildern, gemacht. „Ich habe zu büßen für die That, wenn sie mich auch nicht reut!“ hatte sie mit ihrem stillen, blassen Gesicht ihrem Anwalt gesagt. Sie sah nicht die Eltern und keins der Geschwister wieder, das hatte sie abgelehnt. Nur Bettchen durfte kommen und der empfahl sie ohne viel Worte und ohne jede Thräne ihr Kind.

„Bring's auch nicht den Großeltern, sie würden kündlich an mich erinnern!“ hatte sie gesagt. „Du wirst sorgen, daß es seiner Mutter nicht entfremdet wird — es ist noch...“

fahrungs-Thatsache, daß jeder Verkäufer ein Interesse daran hat, seine Abnehmer leistungsfähig zu erhalten, trotz fester Abschlässe Preisabschlüsse bewilligt. Ob dieses Beispiel Nachahmung findet, davon wird zum großen Theil die Gestaltung des Waaren- und Arbeitsmarktes in der gesammten Industrie der Metalle und Maschinen abhängen. Seit dem Bestehen der Syndikate hat es für diese noch niemals einen Zeitpunkt gegeben, in dem von ihrer Preispolitik eine so folgenreiche wirthschaftliche Entscheidung abhing, wie gegenwärtig.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Aus P o n i z wird gemeldet: Das Gnadengesuch des wegen wissenschaftlichen Meineides im Nobbr. v. J. zu ein Jahr Zuchthaus verurtheilten Gasanstaltarbeiters Bernh. Masloff wurde trotz der Verantwortung der Geschworenen abschlägig beschieden. — Der König von Preußen verlieh kürzlich dem Gerichtsvollzieher Bartelt zu E h o r u bei seiner Pensionierung das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold am Bande des Rothen Adlerordens. Der als Deforvirte hat in dessen die Auszeichnung dankend abgelehnt mit dem Bemerkten, daß er seinen Dienst freudig gethan habe und sich für denselben nicht belohnen lassen wolle. — Bierlinge sind in B e r l i n nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs im ganzen bis jetzt dreimal beobachtet worden. Die Aufzeichnungen über Mehrgeburten reichen bis 1825. In diesem jetzt 74jährigen Zeitraum bis 1898 wurden überhaupt 1971759 Niederkünfte gezählt. Bierlinge wurden geboren: 1845 (zwei Knaben und zwei Mädchen), 1874 (ein Knabe und drei Mädchen) und 1881 (vier Mädchen). Drillinge wurden 223 mal geboren, Zwillinge 21909 mal. — Aus Eifer sucht ihren Ehemann erstochen hat Sonnabend Nachmittag in Berlin die Frau des Schuhmachermeisters Theodor Giesch. Die Frau ergriff bei einem ehelichen Zwist eine Scheere (nach anderer Lesart ein Küchenmesser), stach auf ihren Mann los und tödtete ihn auf der Stelle. — Wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder, wegen Urkunden- (Wücher-) Fälschung und wegen Urkundenvernichtung hatte sich Sonnabend der Stadt-Hauptkassen-Buchhalter der Stadt Spandau, Hugo Wollny, vor dem Schwurgericht am Landgericht II in Berlin zu verantworten. Er wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Das Schwurgericht in Dejjau verurtheilte am Freitag nach sechstägiger Verhandlung den Bankier Emil Cohn, Mitinhaber und Chef des im Januar 1900 in Konkurs gerathenen Bankhauses Cohn und Kunze, wegen fortgesetzter schwerer Depotunterschlagung, fortgesetzten Vergehens gegen das Depotgesetz, fortgesetzten Betruges und Bankrottis zu 7 Jahren Zuchthaus, seinen Kompagnon, Kaufmann Franz Kunze, wegen Bankrottis zu 1 Monat Gefängnis. — Die Pulvermühle von W. D. Wiber im Diebesgrunde bei Z w e n t a u (Sachsen) ist Freitag Morgen gegen 6 Uhr in die Luft geflogen; Menschen sind nicht dabei verunglückt, doch ist der Schaden beträchtlich. — Das Kriegsgericht der 4. Division in W ü r z b u r g verurtheilte den Unteroffizier des 2. Wlanen-Regiments Robert Müller, der Soldaten seiner Korporalschaft wegen Heringsjagereien mißhandelte, beschweigete, im Stalle zu Boden warf u. zu 42 Tagen Mittelarrest und zur Degradation. — Sonnabend Mittag erschoss in Frankfurt a. M. in seiner Wohnung der seit kurzen verheiratete Kaufmann Pfahls wegen Familienzwistigkeiten seine Frau und dann sich selbst. — In D o r n a c h (Oberbayern) fand man vor zehn Jahren auf der Straße einen Erschlagenen, dessen Mörder unermittelt blieb. Jetzt hat sich, wie die „Neue Münch. Ztg.“ meldet, das Räthsel gelöst. Auf dem Totenbette im Spital am Hasenrain legte ein Händler das Gefäß ab, er habe bei einer Kauferei den anderen ohne Absicht erschlagen. Den Thäter muß nach der That doch das Gewissen gedrückt haben, denn er ging sofort nach Paris, wo er in einer Zeugdruckeri Arbeit fand. Dort verlor er schon am dritten Tage durch einen Betriebsanfall eine Hand. — Ein geradezu erschreckendes Bild sittlicher Verwilderung auf dem Lande wurde vor der Regensburg'schen Strafkammer entrollt. Wegen mehrerer Verbrechen wider die Sittlichkeit § 176 nach §§ 3 und wegen Vergehens der widerrechtlichen Unzucht nach § 175 hatte sich zu verantworten der kaum 15 Jahre

alte Händlersohn Joseph Maier von W ü h n r i e d. Der Bursche hat sich an seinen drei Schwestern im Alter von 10-14 Jahren und an zwei weiteren Mädchen im Alter von 7 bezw. 10 Jahren vergangen. In Anbetracht der Jugend und seiner verwahrlosten Erziehung wurde der Angeklagte unter Annahme mildernder Umstände zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Der frühere Leiter der Sicherheitsbehörde in Lyon, Karl Meyer, wurde verhaftet, weil er 100 000 Francs aus der Besorgungskasse der Schutzleute veruntreute und sich verschiedener Erpressungen sowie der Annahme von Bestechungen schuldig gemacht haben soll. — Wie dem Antwerpener „Matin“ aus Vigo in Spanien gemeldet wird, traf dort der englische Dampfer „Cruzier“ mit dem englischen Dampfer „Zebra“ im Schlepptan ein. Dieser war an der Ostküste Afrikas vor einer zahlreichen Bande Somali überfallen worden. Sie plünderten die ganze, aus Rufer bestehende Ladung und beschädigten außerdem die Schraube derart, daß das Schiff seine Reise nicht fortsetzen konnte. Die „Zebra“ kam von Java.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wie Majestätsbeleidigungen zu Stande kommen, offenbarte am 27. Februar in anschaulicher Weise eine Verhandlung vor der Strafkammer in Darmstadt. Angeklagt war die Ehefrau eines Zimmermannes Meurer von Offenbach a. M. Sie sollte mit Bezug auf den deutschen Kaiser und dessen Familie einige Äußerungen gethan haben, die in ihrer Form zweifellos Beleidigungen enthielten. Zitternd vor innerer Erregung nahm die junge Frau auf dem Sündenstühlen Platz und erklärte auf wiederholtes Befragen des Vorsitzenden, daß es ihr nie in den Sinn gekommen sei, irgend eine verlegende Äußerung über den Kaiser zu thun. Die Anzeige sei lediglich ein Racheact der Familie Gschmann in Offenbach, weil sie diese wegen verschiedener Sittlichkeitsdelikte angezeigt habe. Die Frau wurde freigesprochen. Im Saale und vor dem Gerichtsgelände kam es zu lebhaften Kundgebungen für die Angeklagte und gegen die Denunzianten. — Wegen Majestätsbeleidigung, Sachbeschädigung, Bedrohung und Urkundenfälschung ist am 22. November v. J. vom Landgerichte Offenbach der Landwirth Franz Kaver Braun zu 10 Monaten 8 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen. — Wegen Majestätsbeleidigung ist am 8. November von der Strafkammer in Celle der Arbeiter Karl Kraipe zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Am 19. Juni vor. J. erzählte er auf der Straße zwei Arbeitern, er habe neben die Frau K. wegen Majestätsbeleidigung angezeigt, weil sie gelagt habe, der Kaiser habe... (es ist die Rede von der Anexion Hannovers); es sei ja richtig, daß er... aber die Frau dürfe es doch nicht sagen. Das Gericht hat angenommen, daß Kraipe durch diese Worte den Kaiser Wilhelm II. beleidigt habe. Die Revision des Angeklagten, der behauptete, es sei nicht von dem jetzigen Kaiser die Rede gewesen, wurde ebenfalls vom Reichsgerichte, mit Rücksicht auf die tatsächlichen Feststellungen, verworfen.

**Sächsische Justiz.** Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, unser Parteiorgan in Dresden, schreibt: „Ein Gerichts-Urtheil, das in weiteren Kreisen Aufsehen erregen dürfte, wurde gestern (Freitag) von der hiesigen dritten Strafkammer unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Frommholz gefällt. Der in der Pieschener Malzfabrik beschäftigt gewesene Mälzer Fr. A. H. Holz schrieb an den Direktor König der Fabrik einen Brief, in dem er für sich und seine Kollegen bessere Lohn- und Arbeits-Bedingungen und Abschaffung der Nacharbeit verlangte. Es wird dem Direktor im Falle der Nichtbewilligung der Forderungen Todschlag und Mord angedroht, und ihm bemerkt, er würde sonst das Schicksal des Königs Humbert von Italien theilen. Auf Grund dieses Briefes erfolgte die Verurtheilung des bisher völlig unbekanntenen Angeklagten zu 1 Jahr drei Monaten Zuchthaus, und zwar wegen versuchter Erpressung. Hervorheben wollen wir besonders, daß Holz in der Organisation der Brauereiarbeiter absolut unbekannt ist, sich nie um diese gekümmert hat, und daß zur Zeit, wo der Brief von ihm ge-

schrieben wurde, überhaupt keinerlei Differenzen mit den Arbeitern, welche den Brief vielleicht erklärlich machten, vorlagen. Holz hat also ohne jemanden Kenntniß daher die That eines exaltirten, unzurechnungsfähigen Menschen zu sein, die nach unserem Ermessen nicht ernst zu nehmen ist. Deshalb verstehen wir auch das harte Urtheil nicht, das formell allerdings durch § 254 des R.-St.-G. gedeckt ist.“

**Der Nachtwächter ist zu theuer,** heißt es in dem kleinen sächsischen Städtchen Voigtlaide. Aus Sparamkeitssrücksichten hat die Gemeinde von der Anstellung eines Nachtwächters abgesehen, so daß der Nachtwächter von den Anfassigen und den verheiratheten Unanfassigen abwechselnd ausgeübt werden muß. Die königliche Amtshauptmannschaft hat allerdings bereits die Anstellung eines ständigen Nachtwächters verlangt, jedoch war dies der Gemeinde in Berücksichtigung ihrer ungünstigen finanziellen Verhältnisse nachgelassen worden. Das Nachtwächterhorn muß deshalb täglich von einem Haus in's andere getragen werden. Da sich diese Einrichtung bisher ganz gut bewährt hat, so trägt man im allgemeinen gar kein Verlangen nach der Anstellung eines ständigen Wächters. Nun haben die Gattinnen keinen Grund zum Zorn mehr. Wenn der Ehemann einmal recht „früh“ Morgens nach Hause kommt, sagt er einfach: Liebe Frau, sei still, ich war bis jetzt Nachtwächter. Auch ist in der Gemeinde ein außerordentlicher Zugug von Verheiratheten zu bemerken.

**Ein Urtheil von bedeutender wirthschaftlicher Tragweite** fällt in Düsseldorf in einer Klagesache von 30 ehemaligen Angestellten der Emailirfirma Wortmann u. Ebers dort gegen deren Inhaber Dr. Alfred Ebers. Auf dem genannten Werke kam es bekanntlich zu Anfang des vorigen Jahres zwischen einem Theile der Arbeiterschaft und der Fabrikleitung zu Lohn-differenzen, in deren Verlauf die interessirten Arbeiter nach ordnungsmäßiger Kündigung den Ausstand proklamirten. Der Fabrikherr beantwortete diesen Schritt mit einem an sämtliche deutsche Firmen der Branche versandten Circular, das die Namen der Ausständigen enthielt und zur Folge hatte, daß die letzteren nirgendwo mehr eingestellt wurden. Die in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter versicherten sich nunmehr des Rechtsschutzes ihrer Gewerkschaften und klagten alsdann gegen die Fabrikleitung auf entsprechenden Schadenersatz mit der Begründung, daß ihnen durch die schwarzen Listen des Dr. Ebers die Ausübung ihres bisherigen Berufes unmöglich geworden sei und sämtliche nur unter wesentlich geringeren Lohnbezügen wieder Arbeit finden können. Nachdem dieser Prozeß sich fast ein Jahr hinzog und zu Beweiserhebungen in größerem Umfange geführt hatte, lautete nach der „Frankf. Zeitung“ das nunmehrige gerichtliche Erkenntniß dahin, daß die Kläger mit ihren Ansprüchen abzuweisen seien. Voraussetzlich wird die Angelegenheit noch die höheren Instanzen beschäftigen.

**Ein seltsames Heilmittel bei Brandwunden** hat man in Warmen entdeckt. Nach dem Jahresbericht des Barmer Gewerbeaufsichtsbeamten hat eine Barmer Großfirma überraschende Resultate mit der Anwendung von Pikrinsäure bei Brandwunden erzielt, selbst in Fällen, wo schon ein Viertel der Haut verbrannt war. Es wird eine wässrige Lösung der Pikrinsäure hergestellt. Die Verbandswatte wird mit der Lösung getränkt und damit die verbrannte Stelle betupft. Die Schmerzen lassen sehr bald nach. Vergiftungserscheinungen sind nie beobachtet worden und die Heilung verlief ausnahmslos äußerst günstig, so daß sich das Mittel in jeder Beziehung als empfehlenswert erwiesen hat.

**Verstärkter Kontraktbruch eines Unternehmers.** Der Maschinenfabrikant Otto Schüle in Freising wurde vom Amtsgerichte zur Zahlung einer Gesamtschuld von 450 Mk. an neun Arbeiter verurtheilt, die er bei Ausbruch der Differenzen in seiner Fabrik am 14. v. Mts. widerrechtlich entlassen hat. Gegen das Urtheil ist seitens des Beklagten Berufung eingelegt worden.

auf die Zuchthauslerin! Schreib' mir, daß es gedeiht. Sonst nichts! Nicht wie's den andern geht. Ich habe es nicht verdient, daß ich das weiß.“

Bettichens Fürzorge hat das Hännchen gedeihen lassen, es sieht robustig und vergnügt aus. Als es gestern seine Mutter traf in Hamburg, hat es gestundet, aber jetzt thaut es allgemach an.

Friedrich Stemmle hat seine Tochter von der Strafanstalt nicht abholen dürfen, ein paar Stationen von dort sind sie sich begegnet, so hat sie es gewollt, nachdem sie lange eine Begegnung zurückgewiesen. Dann, als er da stand und nach ihr ansah, etwas gebückt, völlig erregt, da ist ihr das Herz aufgegangen und sie hat zum ersten Male Thränen gepost seit jener Nacht. Und dann hat er sie an seine Brust gepreßt.

„Mein Kind — mein gutes, armes Kind — meine Fina!“ Seine Hände hat sie gefaßt, es' sie's wagte, seine Wangen zu berühren. Und viel Worte haben sie beide nicht gesagt in all den Stunden des Besinnens, die sich nun ihrem Ende nähern. Man hat erst gerührt gewagt, ihr von den andern zu sprechen, weil sie nicht fragte. Nur mit dem Hännchen hat sie sich beschäftigt, ihm ab und an über das Lebenswunder zu sprechen und die kleinen Patschhände gestrichen — wie früher.

Nun kommt bald die Trennung von dem Vater. Sie sieht ihn mit liebevollem Ausdruck an. Das graue Haar, die allerschmerzliche Haltung, die kommen auf ihr Konto! Und wie ein Kind geht es durch ihren abgemagerten Körper — sie sucht sich plötzlich wieder an dem Belt in dem kleinen Raum, sein getrockneter Brustheller — da war das alles noch nicht. Das Elend! die Schuld! Sie spricht mit zitternden Händen an dem schwarzen Kleide herantastend und rückt an dem schwarzen Strick. Die Sachen hat ihr Bettichens mitgebracht auf Geheiß der Mutter in Hannover. Sie hat alles wechelt und ohne Dank hingeworfen.

Pflichtig faßt sie beide Hände des Vaters und drückt sie zusammen.

„Ich weiß wohl“, flüstert sie, „rinnal war ich dein Schilling vor allen — und ich gerade habe dir das thun müssen. Ich!“

„Laß man, Fina, laß man! Sie sind dir alle gut geblieben — es war 'n Unglück, laß man. Der Ruffe hat sich verheirathet, Marie hat nun fünf Kinder, die Anna sieht voll auf im Kuchenteich, wie's ja früher schon war mit der gleichen Zahl, Helene ist bei dreien stehen geblieben, auch genug. Fenne ist selbstständig! Guste hat den Hulmahn gewonnen, obwohl er so viel älter ist. Sie weiß auch warum — is eine schwer reiche Frau; sie sieht dir ähnlich. Den Fritz in Amerika und seine Familie wirst du ja selber sehen. Er wird dir beistehn. Was dir passiert ist, braucht er nicht zu wissen. Geschrieben haben wir nichts. Liegt ja auch hinter dir. Er weiß nur, daß — ein Lump dir das Leben zerstört hat, und daß den richtig seine Strafe“ — Fina zuckt bei dem Wort — „erleidet hat. Seine Mutter hat's nicht mehr erlebt, daß er in München den Typhus gekriegt hat und gestorben is. Dahin war er nämlich gegangen.“

Sie hat still zugehört und Bettichen nicht und blickt den Mann dankbar an, der das so geschickt und milde gemacht hat, sie von all dem zu unterrichten, was während ihrer Haftzeit vorgegangen ist.

„Nun kommt ja das gute Bettichen mit,“ fährt Stemmle fort, „und da hast das Kind. Ihr werdet euch schon durchbringen. Achtige, fleißige Franzenszimmer. Und meine Alte, Fina, die is ja immer so reißwüthig gewesen, weißt doch? Die sagt: Wenn alles geht wie's soll, und wir gesund bleiben, dann will sie mit mir nach Amerika und ihre Kinder dort sehen. Was meinst du, Fina?“ Ein Beben geht durch ihren Körper, sie lehnt den Kopf an die breite Brust ihres Vaters.

„Meine Mutter! Meine Mutter!“

„Ein paar Jahre können drüber hingehen, aber da will ich's selber nicht abwarten.“

Und in Fines Augen kommt's nun plötzlich wie das Aufblitzen neuen Lichtes. Sie zieht langsam ihr Kind an sich und schließt es dann sanft zwischen die Arme ihres Vaters.

„Geh, das schwör ich, — und das halt ich! Mit allem Rath will ich das neue Leben anfangen — nicht rückwärts sehen — nur vor mich! Ich habe euch viel an-

gethan, ich habe dafür gebüßt! Nun will ich's wieder gut machen.“

Es bleibt dann still in dem Raum, die Fahrt des Zuges verlangsamte sich, das Ziel ist da.

„Fest woll'n wir sein, Vater.“ Sie schlingt die Arme um seinen Hals.

„Grüße die Mutter, die Geschwister. Sag ihnen, wenn ich's gut machen kann, geschieh's; sag ihnen auch, ich hätte Muth!“ und dann an seinem Ohr: „Die Neue hab ich in einem andern Sinne nicht gespürt, Vater, ich will in dieser Stunde nicht lügen. Der Haß war mächtiger, als das Gute in mir — ich war eben auch weiter nichts als ein gequälter, ein elender Mensch, dem die schlechten Instinkte übergingen. Das ist meine Anklage und meine Gegenrede.“

„Fina, meine Fina! Hännchen, hab den Großvater noch mal lieb!“

Sie müssen aussteigen. Mit dem Handgepäck beladen, gehen sie noch eine kurze Strecke. Dann ist der Dampf Blankeneje da zum Uebersehen für alle die Menschen, die europamüde für den Augenblick sind oder für immer, nach dem großen Schiff, der Auguste Viktoria. Ihre Flaggen wehen drüben, ihre Schloten rauchen, die Mannschaft steht in Wägen an der Kelling.

Noch eine Umarmung zwischen Vater und Kind. Auf all die andern, die mehr oder minder zärtlich Abschied dort von einander nehmen, achten sie nicht. Ein Händedruck für Bettichen: „Sorg' so treu weiter.“

Dann müssen sie an Bord; es geht alles so schnell — die Blankeneje küßt ab, der Auguste Viktoria zu.

„Sie ist doch mein liebes, gutes Kind,“ spricht Friedrich Stemmle zwischen den Zähnen hin und die Thränen laufen ihm die Waden hinab in den Bart. Von der Blankeneje ist ein Lächeln wehen — ein Rufen, Winken, ein Abschiednehmen in Masse.

Stemmle erkennt die drei nicht mehr, andere Gruppen entziehen sie seinen Blicken.

Er wartet, bis die Blankeneje drüben beim großen Schnelldampfer anlegt — dann wendet er sich und schlägt langsam den Weg zum Bahnhof ein.